republik

5 Euro Mai 2010

Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich

Total regional?

Was moderne Regionalpolitik alles bewirken kann

Interview: Johannes Hahn zieht Bilanz über seine ersten Monate als EU-Kommissar

Fotograf: Hans Ringhofer

Riskante Pillen per Mausklick

Das Milliardengeschäft der Medikamentenfälscher

Catch me if you can!

Risiken und Erfolge der Zielfahnder im Innenressort

Der Wirtschaftsverlag | BUSINESS-TO-BUSINESS COMMUNICATIONS P. b. b. Verlagspostamt 1050 Wien, Zul.-Nr. 09Z038082M Postnummer 3 **www.wirtschaftsverlag.at**

Adressfeld

[redacted]

Jürg Christandl

Stefan Grampelhuber,
Chefredakteur

Regionales Dickicht

Die Regional- und Raumentwicklungspolitik ist in Österreich ein Paradebeispiel einer sogenannten Querschnittsmaterie. Damit ist gemeint, dass sich die Zuständigkeiten auf Bund, Länder und Gemeinden verteilen – anders als etwa in Deutschland oder der Schweiz. Das ist auch der Grund, weshalb die hiesige Regionalpolitik für politische Laien auf den ersten Blick etwas komplex wirkt: Das Bundeskanzleramt mischt mit der Koordinationssektion IV mit. Die Raumordnungskonferenz ÖROK gibt die Strategie vor. Den operativen Part übernehmen Regionalmanagement-Büros in den Bundesländern. Und dann gibt es noch eigene Gesellschaften, die die Förderungen verteilen.

Verstärkt wird das regionale Dickicht durch eine Metamorphose, die dieser Politikbereich in den vergangenen Jahren durchmachte. Früher wurde Regionalpolitik noch abschätzig mit Spendensammeln für die ärmsten Gebiete assoziiert. Heute ist reine Almosenpolitik aber „out“ und klug aufgeteiltes Investment für alle „in“. „Aktive Standortpolitik“ heißt das dazugehörige Zauberwort: Die Öffentliche Hand hat erkannt, dass es nur sinnvoll ist, lenkend einzugreifen und sozusagen als Katalysator zu wirken. Es geht also nicht mehr nur darum, die Unterschiede zwischen den Regionen auszugleichen, sondern die Nischenbildung zu unterstützen. Nischen entstehen zwar nach wie vor von selbst. Diese Stärken gezielt zu fördern, ist die Hauptaufgabe der Regionalpolitik im 21. Jahrhundert.

Ursula Horvath

Christina Leitner

Georg Günsberg

Wie sich die Schwerpunkte in der österreichischen Regionalpolitik innerhalb der vorigen Jahrzehnte verlagert haben, davon berichtet Ursula Horvath in der Titelgeschichte (S. 10). Sie hat dazu Regionalpolitikexperten wie Wolf Huber aus dem BKA oder Martin Heintel von der Uni Wien befragt. Gertraud Eibl hat sich die Generaldirektion Regionalpolitik, eine der größten EU-Verwaltungseinheiten, im Detail angesehen (S. 16) und Neokommissar Hahn zu seinen regionalpolitischen Strategien befragt (S. 22).

Der Pharmamarkt wird zunehmend von gefälschten und gefährlichen Medikamenten überschwemmt. Christina Leitner ist dabei der Frage nachgegangen, wie die Öffentliche Hand den Pillenfälschern das Handwerk legen will (S. 32). Und wie hilfreich das Web-2.0 bei der Entwicklung der Energieforschungsstrategie des BMVIT war, das erkundet Georg Günsberg in der Rubrik „Projekte“ (S. 43).

P.S.: Sie haben Anregungen zu REPUBLIK-Beiträgen aus Ihrem Umfeld für eine der nächsten Ausgaben? Dann zögern Sie nicht, mich zu kontaktieren: s.grampelhuber@republik-online.at

republik persönlich

Wer bewegt was 6

republik schwerpunkt

Regionaler Raum

Titelgeschichte: Elfmeterschießen in der Regionalliga 10
Wie Regionalpolitik in Österreich abläuft

Wer kriegt das größte Stück vom Kuchen? 16
EU-Kohäsionspolitik und europäisches Gemeinschaftsdenken

Vom Museumsnetzwerk zur Erdbebenhilfe 20
Die besten Regionalprojekte im Überblick

„Regionalpolitik ist nicht Charity“ 22
EU-Kommissar Johannes Hahn im Interview

So funktioniert die GD Regionalpolitik 26

republik thema

Wo sind die Kaderschmieden der Verwaltung? 28
Public-Management-Lehrgänge im Härtetest

Riskante Pillen per Mausklick 32
Das Milliardengeschäft der Medikamentenfälscher

republik serie

Ausgegliedert in die Zukunft

„Jammern auf hohem Niveau“ 36
Der Tierpark Schönbrunn und die Wirtschaftskrise

Photos.com

Regionalpolitik im Check ..... S. 10

Hans Ringhofer

Neokommissar Hahn im Gespräch ..... S. 22

Photos.com

Produktpiraten im Pillenmeer ..... S. 32

republik projekte

Staat auf Draht 38
Hat sich die einheitliche Behördenrufnummer in Deutschland bewährt?

Catch me if you can! 40
Risiken und Erfolge der BMI-Zielfahnder

Der Kunst ihren Pool 42
Web-Plattform macht Kunstwerke der Allgemeinheit zugänglich

„Energierevolution" 2.0 43
Das BMVIT bittet zum interaktiven Forschungsdiskurs

republik service & info

Seminare und Ausstellung 44

republik beschaffung

Winterdienste 46

Fuhrpark 47

republik karrieren

Wer macht was 48

republik privat

Johanna Rachinger: 50
„Ich schaue nicht wankelmütig zurück"

Tiergarten Schönbrunn/Norbert Potensky

Jammern Robben? ..... S. 36

Photos.com

Die Erfolge der BMI-Zielfahnder ..... S. 40

Marko Lipus

J. Rachinger will einen neuen Tiefspeicher ..... S. 50

IMPRESSUM
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Österreichischer Wirtschaftsverlag GmbH
Wiedner Hauptstraße 120-124, 1051 Wien **T** (01) 546 64 – 0, **F** (01) 546 64-528
Geschäftsführer: Thomas Zembacher
DVR-Nr.: 0368491
Objektleiter: Stefan Böck, **T** (01) 546 64 – 380, **E** s.boeck@wirtschaftsverlag.at
Chefredakteur: Stefan Grampelhuber, **T** (01) 546 64 – 389, **E** s.grampelhuber@republik-online.at
Chef vom Dienst: Stephan Strzyzowski, **T** (01) 546 64 – 381, **E** s.strzyzowski@wirtschaftsverlag.at
Idee und Projektberatung: Feri Thierry
Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: Gertraud Eibl, Ursula Horvath, Georg Günsberg, Andrea Krieger, Christina Leitner, Lukas Wiesboeck
Anzeigenleitung: Alfred Vrej Minassian, **T** (01) 546 64 – 280 **E** a.minassian@wirtschaftsverlag.at
Anzeigenverkauf: Erhard Witty, **T** (01) 546 64 – 283 **E** e.witty@wirtschaftsverlag.at
Grafisches Konzept: Alois Schwaighofer
Grafik Design: Antonia Stanek
Hersteller: Friedrich VDV, Vereinigte Druckereien- und Verlags-GmbH & CO KG, 4020 Linz, Zamenhoferstr. 43 – 45, **www.friedrichvdv.com**
Aboservice: Aboservice Österr. Wirtschaftsverlag, **T** (01) 740 40 – 7812, **F** (01) 740 40 – 7813, **E** aboservice@wirtschaftsverlag.at
Aus Gründen der Textökonomie verzichten wir auf geschlechtsspezifische Ausformulierung und den Verweis auf (nicht-)akademische Titel.

Text
Andrea Krieger (Österreich)/Wolfgang Tucek (EU)

Friedensarbeit fängt bei den Kleinsten an

Yvonne Seidler unterstützt Lehrer bei Gewaltprävention.

privat

„Präventionsprogramme in Schulen machen nur Sinn, wenn alle Ebenen einbezogen werden."

Yvonne Seidler, Verein „Hazissa"

Taferlklassler hat Yvonne Seidler mit der Initiative „Halt Gewalt" des Vereins „Hazissa" im Visier. Die von der Steiermärkischen Landesregierung finanzierte Organisation hat ein Programm für Gewaltprävention in Steirischen Volksschulen zusammengestellt. „Kinder sollen lernen, ihre eigenen Grenzen zu verteidigen, aber auch die der anderen zu respektieren", so Seidler, die pädagogische Leiterin von „Hazissa". Dafür schickt sie ein Team aus Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeitern an die Bildungsanstalten. Die Experten arbeiten dort aber nicht nur mit den Kindern. „Das allein wäre viel zu wenig. Gewaltpräventionsprogramme machen nur Sinn, wenn alle Ebenen einbezogen werden. Die Eltern brauchen Basisinformationen zum Thema Gewalt und Gewaltprävention. Die Lehrer müssen mehr über die theoretischen Hintergründe erfahren und sollten auch ihren eigenen Umgang mit dem Thema reflektieren." Prävention müsse beim Selbstbewusstsein ansetzen. Zusätzlich sei der Umgang mit Außenseitern und Geschlechtsstereotypen zu hinterfragen. Gleichzeitig gehe es darum, die Konfliktlösungsfähigkeit zu trainieren.

Das Programm, das mit Arbeitsblättern, Körperübungen, Rollenspielen, kreativem Gestalten, Gesprächsrunden sowie Spiel- und Gruppenaktivitäten arbeitet, stößt trotz Selbstbehalts auf reges Interesse. „Wir sind immer ausgebucht. Für 2011 gibt es bereits eine Warteliste", sagt Seidler. Der Andrang wäre wohl noch größer, wenn es nicht „für viele Lehrer als Zeichen von Schwäche gelte, Probleme in der Klasse zu haben". Die Sozialpädagogin bedauert, dass „es Pädagogen nicht gewohnt sind, sich Unterstützung zu holen". Das Geld für „Halt Gewalt" kommt vom Land Steiermark und dem Fond Gesundes Österreich.

Endspurt für das Gemeinschaftspatent

Berthold Berger zieht die Fäden im EU-Ratssekretariat.

„Ein europäisches Gemeinschaftspatent ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit."

Berthold Berger, EU-Ratssekretariat

Erfinder in der EU haben es schwer. Ein durchschnittliches Europäisches Patent anzumelden, kostet etwa elfmal so viel wie in den USA und rund 13-mal so viel wie in Japan. Und dabei handelt es sich bloß um ein Bündel einiger nationaler Patente, das beim Europäischen Patentamt in München erworben werden kann. Schon heuer könnte damit Schluss sein und ein EU-weit gültiges Gemeinschaftspatent auf den Weg gebracht werden, so Berthold Berger: „Im besten Fall sind wir 2010 auf der Zielgeraden. Das ist entscheidend für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen."

Der EU-Ratsdirektor für Binnenmarkt, Wettbewerbspolitik und Verkehr erläutert weiter, dass offene Kernpunkte nach Jahrzehnte währendem Ringen die Gerichtsbarkeit und vor allem die Sprachenfrage seien.

Über den ersten Punkt sind sich die Mitgliedsstaaten bereits einig: Ein eigener Gerichtshof soll künftig Streitigkeiten über Europäische Patente und das geplante Gemeinschaftspatent regeln. Noch prüft der Europäische Gerichtshof, ob diese Konstruktion mit dem EU-Vertrag vereinbar ist. Eine Entscheidung sei nach dem Sommer zu erwarten, schätzt der 46-jährige Biochemiker.

Doch die entscheidende Hürde ist die Frage der notwendigen Übersetzungen. Bereits im Mai werde die EU-Kommission einen neuen Kompromiss vorlegen, so Berger. Dabei würden die Kernelemente des Patents in mehrere Sprachen, die Langfassung aber nur in einer geführt. Das amtierende Vorsitzland Spanien wolle noch vor Ende Juni eine grundsätzliche Einigung der Mitgliedsstaaten erzielen. Die Details müssten dann bis Jahresende auf Beamtenebene ausgearbeitet werden.

Umstellung auf E-Mobilität

Walburga Hemetsberger arbeitet an EU-Rahmenbedingungen.

„Nötig sind eine standardisierte Ladeinfrastruktur und Strom aus erneuerbaren Energiequellen."

Walburga Hemetsberger, Verbund

Die EU will ihre Treibhausgasemission bis 2020 um 20 Prozent herunterfahren. Ein Knackpunkt bei diesen Bestrebungen ist der Verkehr. Daher feilt Walburga Hemetsberger an günstigen Rahmenbedingungen für eine Umstellung auf E-Mobilität. Vor allem müsse es in der gesamten EU standardisierte Aufladestellen und Abrechnungssysteme für Elektroautos und -roller geben, erklärt die Büroleiterin des Verbunds in Brüssel – „nicht so wie die unterschiedlichen Steckdosen in manchen EU-Ländern". Und eine saubere Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen sei für die Speisung der Fahrzeuge entscheidend. „Denn wenn die Elektroautos den Strom aus Kraftwerken beziehen, die viele Treibhausgase ausstoßen, bringt das für die CO_2-Bilanz wieder nichts."

200.000 strombetriebene Fahrzeuge soll es bis 2020 auf Österreichs Straßen geben. Die Aufladung der Batterien könne künftig im Gegensatz zu den benzinbetriebenen Autos möglicherweise auch bei Anschlüssen zu Hause oder am Arbeitsplatz erfolgen. „Das wäre weit flexibler als das bisherige Tankstellensystem", sagt die 35-jährige Betriebswirtin und Juristin

Auch die EU-Kommission hat sich die „Entkarbonisierung des Verkehrssystems" längst auf die Fahnen geheftet. Doch gebe es etwa für leistungsfähige Batterien noch keine sehr guten Lösungen, so Hemetsberger – die Forschung laufe in verschiedenen EU-Ländern parallel. Wie bei der Standardisierung der Ladeinfrastruktur seien dafür EU-Vorgaben nötig.

Zusätzliche Dynamik könne es am Weg zur effizienten und umweltschonenden E-Mobilität durch die geplante Einführung einer CO_2-Steuer geben, meint die Salzburgerin. Denn treibhausgasintensive Fortbewegungsmittel würden dadurch teurer.

Grüne Informationstechnologie

Thomas Hruschka lockt mit finanziellen Anreizen.

MA 22

„Green IT kann den Energieverbrauch bis 60 Prozent senken."

Thomas Hruschka, MA 22

Informationstechnologie verursacht global gesehen ebenso viele Treibhausgase wie der Flugverkehr. Thomas Hruschka und seine Mitarbeiter von der Wiener Umweltschutzabteilung, der MA 22, wollten da nicht länger tatenlos zusehen: Seit Herbst 2009 lassen sie 1.200 Euro Beratungszuschuss für alle Wiener Unternehmen springen, die ihre EDV umweltfreundlicher gestalten wollen. „Green IT" nennt sich das Programm im Rahmen des Ökobusinessplans. Und es sollte auch jene Betriebe interessieren, denen die Ökologie nicht so wichtig ist. „In der Regel kann dadurch der Energieverbrauch bei Unternehmen ab 30 (PC-)Mitarbeitern um 25 bis 60 Prozent gesenkt werden", sagt Hruschka.

Dass das Projekt trotz dieses nicht unerheblichen Sparpotenzials nur schleppend anläuft, bedauert er. „Bisher haben sich erst vier Unternehmen angemeldet. Die Betriebe trauen sich noch nicht so recht, unsere Berater zu konsultieren. Sie fürchten um die Datensicherheit, wenn die Temperatur im Serverraum gesenkt wird", sagt Hruschka. Er ist aber zuversichtlich, dass die Nachfrage steigt, sobald es den ersten Abschluss mit einem Unternehmen gibt. Diese Firma könne dann schließlich als Testimonial, also als Fürsprecher des Programms, fungieren.

Zuerst musste Hruschka Geld für „Green IT" bei der Stadt Wien, dem Lebensministerium und der Wirtschaftskammer locker machen. Danach ging's darum, unabhängige Berater für die Aktion zu finden – was nicht so einfach gewesen sei. Tatsächlich ist das Anforderungsprofil weitläufig: „Das EDV-Know-how muss ebenso vorhanden sein wie das Wissen in Energie- und Umweltfragen."

Interessant für alle

Johannes Pasquali relauncht „Finanz Aktuell“.

Wie Zollbeamten im Hochgebirge ihrer Arbeit nachgehen oder ein Finanzbediensteter Olympionike wurde: Darüber liest man in „Finanz Aktuell“, der Mitarbeiterzeitung der Finanzverwaltung mit ihren 81 verschiedenen Standorten. „Wir wollten die Beschäftigten stärker in den Mittelpunkt rücken“, sagt Johannes Pasquali, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im Finanzministerium (BMF). Er hat die vierteljährliche Zeitschrift jüngst einem Relaunch unterzogen. „Zusätzlich zu den 11.500 Beschäftigten sprechen wir ab jetzt auch unsere 3.500 Pensionisten an, die begeistert darauf reagiert haben“, so Pasquali.

Er erklärt den Anspruch an das Blatt so: „Es soll für alle interessant sein. Wir wollen weder ausschließlich Fachinformationen noch eine Hofberichterstattung des Finanzministeriums.“

Darauf, „dass wir unsere Mitarbeiterzeitung selber machen und nicht outsourcen wie andere“, sei er stolz, zumal das Interesse der Beschäftigten am Schreiben groß sei.

BMF

„Wir wollen weder ausschließlich Fachinformationen noch Hofberichterstattung.“

Johannes Pasquali, BMF

Ein Bindeglied schaffen

Daniela Kern gründet Sozialhilfe-Plattform.

„Wohnungslosenhilfe und das Gesundheitssystem waren bisher zwei weitgehend getrennte Bereiche“, sagt Daniela Kern, Projektleiterin bei Fem, dem Wiener Institut für Frauengesundheit. Medizinisch betreut würden Obdachlose in erster Linie im Notfall. Angebote darüber hinaus gebe es wohl, auch von Fem, die Strukturen dafür würden aber fehlen. Hier setzt eine aktuelle Initiative des über den Krankenanstaltenverbund und die Stadt Wien finanzierten Instituts für Frauen- bzw. Männergesundheit (Fem bzw. Men) an. „Zur besseren Vernetzung der beiden Bereiche haben wir eine Plattform für Professionisten gegründet. Unser Ziel ist, dass sämtliche Wiener Akteure daran teilnehmen, sich aktiv einbringen und so dazu beitragen, dass sich die gesundheitliche Betreuung wohnungsloser Menschen verbessert.“ Dies sei letztendlich ein Gebot der Stunde: Denn Obdachlose würden immer stärker an psychischen und physischen bzw. Suchtproblemen leiden.

Fem

„Ich möchte Wohnungslosenhilfe und Gesundheitssystem besser vernetzen.“

Daniela Kern, Fem

Königswege der Unfallvermeidung

Peter Trimmel prüft Präventivmaßnahmen.

Wenn es um Verkehrsunfälle in Niederösterreich geht, ist Peter Trimmel der Spezialist. Der langjährige Mitarbeiter des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV) ist nämlich für das Unfallhäufungsstellen-Management zuständig. Oder anders ausgedrückt: Er macht Bereiche, wo häufig etwas passiert, ungefährlicher. Derzeit evaluiert er, was Präventivmaßnahmen langfristig gebracht haben, die in unfallstarken Gegenden getroffen wurden. „Wir wollen wissen, was bei geändertem Verkehrsaufkommen noch wirksam ist, und überprüfen deshalb die an 40 ausgewählten Unfallhäufungsstellen gesetzten Schritte.“ Eines kann man im KfV vorweg schon verraten: „In 29 Fällen gab es eine nachhaltige Wirkung.“ Was Trimmel, der zur Hälfte im Außendienst arbeitet, überrascht hat, ist „wie effektiv einfache Maßnahmen wie ein Leitwinkel sind“. Auch was alles zu Unfällen führt, kann ihn immer noch erstaunen: „Selbst das Navigationsgerät kann eine Rolle spielen.“

KfV

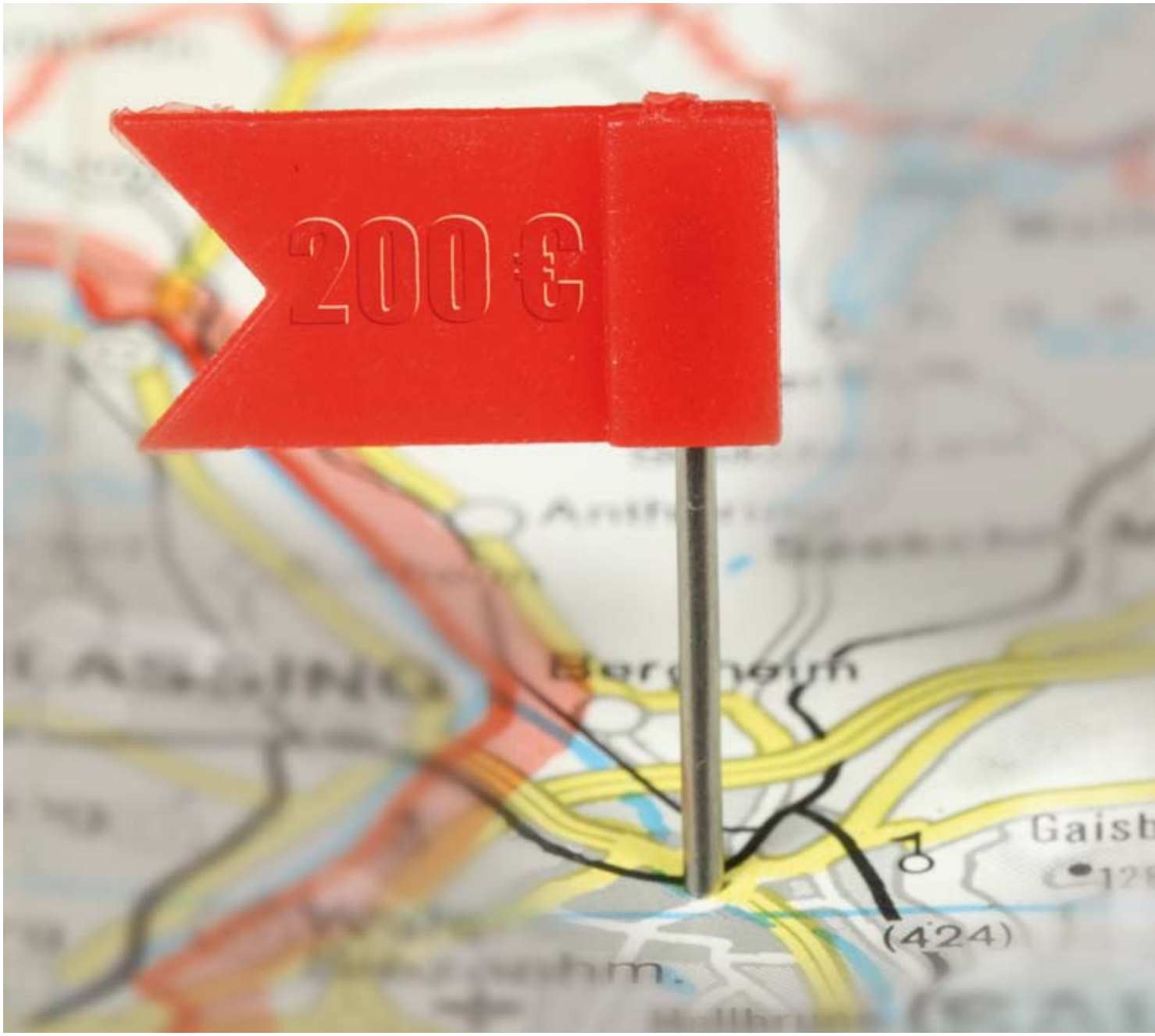
„Wir untersuchen die Maßnahmen an 40 Unfallhäufungsstellen.“

Peter Trimmel, KfV

Text
Ursula Horvath

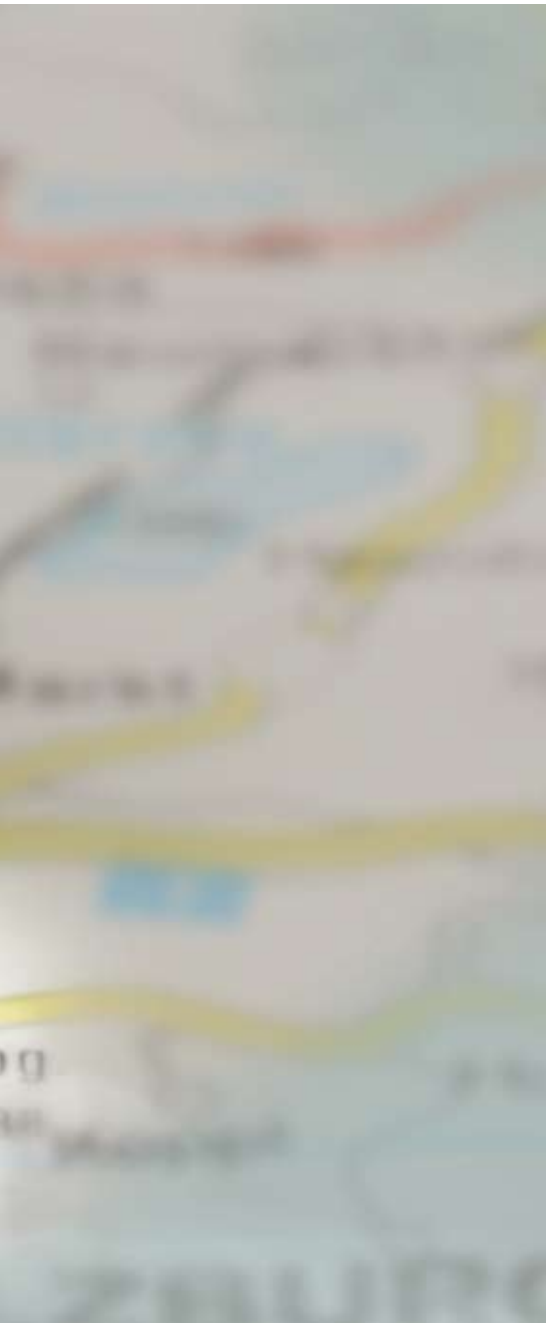
Elfmeterschießen in der Regionalliga

Die Schwerpunkte in der Regionalpolitik haben sich ebenso geändert wie die Bewertungsmaßstäbe für erfolgreiche Regionen. In Österreich gibt es viele Stellen, die mitentscheiden wollen. Die Agenden für diesen Politikbereich sind auf Bund, Länder und Gemeinden aufgesplittet. REPUBLIK hat versucht, das regionalpolitische Dickicht zu entwirren.



Photos.com

Plantschen im warmen Thermalwasser. Dann ein Honigaufguss in der Finnischen Sauna. Und als krönender Abschluss: Klangschalen-Meditation im Tepidarium. – Tausende Menschen zieht es jedes Wochenende in die Thermenwelt des Burgenlandes und der Südsteiermark.



Ist der Wellness-Parcours beendet, kann man sich bei einem Heurigenwirt im Umland noch mit einem guten Tröpfchen anderweitig vergnügen. Die „Heilkraft der Natur“ offenbart sich eben in vielen verschiedenen Formen. Die Mischung macht es aus.

Bei dieser speziellen Kombination handelt es sich sogar um ein Lehrbuchbeispiel für erfolgreiche Regionalpolitik, wie Wolf Huber, Leiter der Abteilung für Raumordnung und Regionalpolitik im Bundeskanzleramt (BKA), festhält: „In dieser Thermenregion kommen die Lebensmittel für die Gastronomie von den Bauern aus der Umgebung. Und es siedeln sich top qualifizierte Arbeitskräfte wie Ärzte oder Spitzenköche an.“ Solche gelungenen Schlüsselprojekte seien letztlich für die Belebung einer ganzen Region verantwortlich.

„Bunte Blumenwiese”

Dabei reden viele mit, wenn es um Regionalpolitik geht. Eine zentrale Stelle für Regionalentwicklung gibt es in Österreich nicht. Die Zuständigkeiten verteilen sich vielmehr auf Bund, Länder und Gemeinden. Also eine unübersichtliche Angelegenheit? Nur auf den ersten Blick. International gilt das Modell der Alpenrepublik nämlich als Best-Practice-Beispiel. Das sagt zumindest BKA-Mann Huber: „Weil wir eben kein zentrales Ministerium haben, sind alle Beteiligten gezwungen, sich gut zu vernetzen. Die Verwaltungsstellen kooperieren sehr gut miteinander. Das ist in anderen Ländern nicht so selbstverständlich wie bei uns.”

Interessenkonflikte sind aber nicht vom Tisch. Denn jede Gemeinde hätte gerne das neue Krankenhaus, die neue Schule oder das neue Hallenbad. „In den vergangenen Jahren ist hier viel passiert. Es gibt ein Verständnis dafür, dass man viele Dinge gemeinsam machen muss und dass man regional statt kommunal denken muss“, so Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. Die österreichische Gemeindestruktur biete viele Vorteile, so

„Politik und Verwaltung tun sich mit grenzüberschreitenden Verflechtungen eher schwer.“

Harald Dossi, BKA

BKA

„Bund, Länder und Gemeinden verständigen sich alle 10 Jahre auf ein neues Konzept.“

Markus Seidl, ÖROK

KWF/fritzpress

Mödlhammer weiter: „Durch diese Kleinheit gibt es mehr Begeisterung für freiwillige Arbeit – etwa im Vereinswesen oder bei der Feuerwehr. Wenn alles zentralistisch verordnet wäre, wäre das nicht möglich. So haben wir eine bunte Blumenwiese statt einem englischen Rasen.“

In jedem Bundesland gibt es zahlreiche Institutionen, die mit Regionalpolitik befasst sind.

So begleiten die Regionalmanagements in jedem Land die Umsetzung von Förderprogrammen. Sie vernetzen die Akteure vor Ort mit den Förderstellen. Koordiniert werden diese Büros vom BKA. Die Finanzierung teilen sich die EU und die Bundesländer.

Um die Förderungen zu verteilen, haben die Länder außerdem eigene Gesellschaften – wie die Eco Plus in Niederösterreich – gegründet. „Es gibt Tausende gute Ideen. Wir müssen herausfiltern, was auch einen Mehrwert bringt“, sagt Eco-Plus-Geschäftsführer Helmut Miernicki. „Die Projekte müssen jedenfalls einen wirtschaftlichen Nutzen haben und nachhaltig sein.“

Um die Raumordnung und die Regionalpolitik auf gesamtstaatlicher Ebene zu koordinieren, wurde schon 1971 die österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) gegründet. Die ÖROK ist eine von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden getragene Einrichtung. „Wir sind für die strategische Rahmenplanung zuständig. Bund, Länder und Gemeinden verständigen sich alle zehn Jahre auf ein neues Raumentwicklungskonzept, in dem Schwerpunktthemen für die künftige räumliche Entwicklung definiert werden“, sagt ÖROK-Geschäftsführer Markus Seidl. Derzeit wird am Raumentwicklungskonzept 2011 gearbeitet.

Regionalpolitik ist natürlich auch eine europäische Angelegenheit (siehe Bericht auf S. 16). Im „Nationalen Strategischen Rahmenplan Österreichs 2007–2013“ – oder kurz STRAT.AT – werden die thematischen und inhaltlichen Schwerpunkte für Österreich formuliert. „Dieses Dokument ist das Scharnier zwischen den Themenvorgaben der EU und der Maßnahmenumsetzung in Österreich“, erklärt Seidl. Um EU-Mittel abzuholen, bedarf es zusätzlich

KOMMENTAR Feri Thierry

Markus Tordik

Vor Ort

Österreich ist ein Hort des Föderalismus. Wie kaum in einem anderen Land Europas nehmen hierzulande Gemeinden, Bezirke und Länder Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahr. Hinzu kommt die legislative Verantwortung der Bundesländer in Einzelbereichen. Das führt dazu, dass es in Österreich neun unterschiedliche Jugendschutzbestimmungen, neun verschiedene baurechtliche Rahmenbedingungen und neun eigenständige gesundheitspolitische Programme gibt.

Das bringt logischerweise viele Probleme mit sich: Denn jedes Bundesland möchte selbst die gesamte Palette etwa an Gesundheits- und Bildungseinrichtungen anbieten. Das führt zu Doppelgleisigkeiten und Überangeboten, die nur zentral zu steuern wären. „Zentral“ ist aber das verbalisierte rote Tuch für jeden Regionalpolitiker. Innerhalb eines Bundeslandes entsteht das nächste Problem: Wenn z.B. die Entscheidung für den Bau einer neuen Einrichtung gefallen ist, kommt die Standortdebatte. Jede Gemeinde hätte dann gerne das neue Krankenhaus, die neue Schule, das neue Hallenbad.

Eine weitere große Herausforderung: die Finanzströme. In Österreich lautet das Prinzip im Wesentlichen: „Der Bund hebt´s ein, das Land gibt´s aus.“ Die Spannungen sind programmiert. In der Schweiz, die Österreich wohl in ihrem Föderalismus übertrifft, funktioniert es anders: Jeder Kanton nimmt selbst wichtige Steuern (wie z.B. die Einkommensteuer) ein und kann auch deren Höhe bestimmen. Das sorgt dort für einen lebendigen Steuerwettbewerb.

Zwei Elemente sind für die Regionalpolitik in Zukunft wesentlich: die Überwindung traditioneller Grenzen und eine klare Aufgabenverteilung. Regionale Kooperationen und Zusammenschlüsse sind enorm wichtig. Die Vernetzung zwischen den Regionen, der Austausch und vor allem die Überwindung geografischer und struktureller Grenzen bringt neue, wertvolle Synergien. Und die Aufgabenverteilung zwischen den Ebenen muss sauber sein. Wenn Gesundheit Landessache ist, dann sollen dort auch die finanziellen Mittel lukriert werden, die strukturellen Entscheidungen getroffen werden und die Verantwortung liegen. Dann sind wir dort, wo Regionalpolitik hin muss: vor Ort – bei den Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind.

——

Feri Thierry ist Geschäftsführer von Thierry Politikberatung sowie Leiter des Masterlehrgangs „Integrierte Kommunikation/ Lobbying & Public Affairs“ an der BFI Wien Akademie und Vortragender an verschiedenen Bildungsinstitutionen.

einer Kofinanzierung, die aus nationalen Mitteln gespeist wird. „Daher wird in den Regionen auch darauf geachtet, dass das Geld nicht sinnlos ausgegeben wird“, sagt Martin Heintel, Professor am Institut für Geografie und Regionalforschung an der Universität Wien. „Trotzdem kommt es manchmal vor, dass das Geld das Projekt sucht und nicht umgekehrt. Aber das ist verständlich, denn man will natürlich die Förderungen ausschöpfen.“

Innovation löst Infrastruktur ab

Doch nicht nur die Akteure haben sich in den vorigen 20 bis 30 Jahren verändert, auch die Schwerpunkte der Regionalentwicklung haben sich verschoben. Während in der traditionellen Regionalpolitik bis in die 1980er-Jahre der Ausbau der Infrastruktur und Förderungen für Betriebsansiedlung im Vordergrund standen, setzt man seit zwei Jahrzehnten verstärkt auf Qualifizierung, Innovation und Forschung. „Es gibt heute ein breiteres Verständnis von Regionalpolitik. Weiche Standortfaktoren und Nachhaltigkeitsaspekte spielen eine immer größere Rolle“, sagt BKA-Abteilungsleiter Huber. Auch die Verbesserung der Lebensqualität oder des Freizeitangebots gehören heute zur Regionalentwicklung.

Die traditionellen Maßnahmen braucht es natürlich nach wie vor. Für eine wirklich erfolgversprechende Regionalpolitik ist ein möglichst breiter Maßnahmenmix notwendig. „Neben betrieblichen Förderungen sind auch Maßnahmen zur Förderung der überbetrieblichen Kooperationen und Innovationen wichtig. Neben Infrastrukturmaßnahmen brauchen wir auch Stadt- und Dorferneuerung sowie eine aktive Umweltpolitik. Neben physischen Investitionen sind auch Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte und eine kreativitätsfördernde Kulturpolitik notwendig“, zählt Harald Dossi, Leiter der zuständigen BKA-Sektion IV, auf. Schließlich ändern sich auch die Bewertungsmaßstäbe für erfolgreiche Regionen. „Neben dem BIP und den Arbeitslosenzahlen gelten heute auch Patentanmeldungen, das Bildungsniveau der Bevölkerung, die demografische Entwicklung oder die Zugangsdichte zum Internet als Kennzahlen für Entwicklung einer Region“, sagt wiederum Heintel.

Gretchenfrage

Der Professor von der Uni Wien weiß auch, dass es gar nicht so einfach ist, die Gretchenfrage zu beantworten. Denn unter „Region“ verstehe fast jeder etwas anderes. Die administrative Abgrenzung ist simpel und beruht auf Grenzen: Staats-, Bundesländer- oder Gemeindegrenzen. Oft werden Verwaltungseinheiten, also politische Bezirke, als Regionen definiert. Bei den anderen Definitionen sind die Abgrenzungen schon schwammiger. Schwer ist es bei den sogenannten „Verflechtungsregionen“, die zum Beispiel bei bestimmten Pendler-Einzugsgebieten zum Tragen kommen. Dominiert in einer Region eine bestimmte Wirtschaftskraft wie Industrie oder Tourismus, wird sie wiederum als „Homogenitätsregion“ bezeichnet. Ähnlich ist es bei „Identitätsregionen“, diese sind kulturhistorisch gewachsen. Ein Beispiel dafür ist das bundesländerübergreifende Gebiet „Eisenwurzen“ in Ober- und Niederösterreich und der Steiermark. Hier haben Eisenabbau und Verarbeitung eine jahrhundertelange gemeinsame Tradition.

Probleme in der Peripherie

Jede Region hat ihre geografischen Besonderheiten. Probleme gibt es vor allem in der Peripherie, zum Beispiel im Südburgenland oder in Teilen des Waldviertels. Vor allem in ländlichen Gegenden mit schlechter Verkehrsanbindung wandern immer mehr junge Leute ab, die Älteren bleiben in den Dörfern zurück. Postämter und Polizeidienststellen werden geschlossen. Lokale und Geschäfte sperren zu.

Die Regionalpolitik im Burgenland reagiert auf dieses Problem, indem mehr in die Ausbildung für Altenbetreuung investiert wird. Überhaupt setzt man im Burgenland, nachdem jahrelang in die

„Die verschiedenen Verwaltungsstellen kooperieren gut miteinander. Das ist in anderen Ländern nicht so selbstverständlich.“

Wolf Huber, BKA

BKA

„Wir haben eine bunte Blumenwiese statt einem englischen Rasen.“

Helmut Mödlhammer, Gemeindebund

Gemeindebund

„Es wird viel von ‚Region' gesprochen, aber jeder meint etwas anderes damit."

Martin Heintel, Universität Wien

SPES

Infrastruktur investiert wurde, jetzt verstärkt auf Qualifizierung. „Bis vor einigen Jahren gab es bei uns keine universitäre Einrichtung. Die jungen Leute mussten nach Wien oder Graz gehen. Jetzt haben wir zwei Fachhochschulen – eine in Pinkafeld und eine in Eisenstadt", sagt Georg Schachinger, Geschäftsführer der Regionalmanagement Burgenland GmbH.

Der Fokus auf Aus- und Weiterbildung ist eine logische Konsequenz der Betriebsansiedelungspolitik der vergangenen Jahre. Schließlich brauchen die Unternehmen auch qualifizierte Arbeitskräfte. Was bringt schon ein tolles 5-Sterne-Hotel, wenn es keine Top-Leute gibt, die dort arbeiten", so Schachinger.

In strukturschwachen Regionen setzt man auch auf „endogene Entwicklung". Dabei wird versucht, das vorhandene Potenzial einer Region optimal auszuschöpfen. Man konzentriert sich zum Beispiel auf die hochwertigen Lebensmittel in der Region und vermarktet diese gemeinsam. Ein erfolgreiches Beispiel aus Vorarlberg ist die „Käsestraße" – ein Zusammenschluss von Bauern, Wirten, Handwerkern und Handelsbetrieben. Alle Mitglieder und Partner der „Käsestraße" tragen dazu bei, die Tradition der heimischen Produkte weiter zu pflegen.

Grenzland Österreich

Zwei Drittel der heimischen Bevölkerung lebten in Grenzregionen. Das ist problematisch, da sich große Lohndifferenzen im nahen Umfeld drastisch auswirken können. So kann Österreich dem niedrigeren Lohnniveau der Nachbarländer nur mit Innovationskraft und Know-how begegnen. „Es ergeben sich enorme Chancen aus der grenzüberschreitenden Arbeitsteilung, aber auch viele Herausforderungen. Die Regionalpolitik muss daher einen Schwerpunkt auf Innovation und Humankapital, auf Aus- und Weiterbildung legen", sagt Peter Mayerhofer, WIFO-Experte für Regionalentwicklung.

Gerade die wichtige Kooperation zwischen den Verwaltungsstellen verschiedener Nationen ist noch ausbaufähig. So könnten etwa Wien und Bratislava in der Raumplanung noch mehr kooperieren. In der Arbeitsmarktpolitik wäre ebenfalls eine stärkere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern notwendig, meint Mayerhofer. Auch Sektionschef Dossi ist kritisch: „Politik und Verwaltung tuen sich mit grenzüberschreitenden Verflechtungen traditionell eher schwer. Sie haben – spät, aber doch und noch immer nicht ganz im erforderlichen Ausmaß – darauf reagiert und begonnen, ihre Maßnahmen mit ihren Nachbarn abzustimmen."

HINTERGRUND

E-Government: Regionen im Vergleich

Auch in der Gemeindepolitik ist E-Government kein Fremdwort mehr. Die Vorteile sprechen schließlich für sich: Die Behörde ist rund um die Uhr erreichbar, Online-Anträge können in der Regel schneller bearbeitet werden und langwierige Übertragungen von Papier in EDV-Systeme entfallen. Die Webplattform www.kommunalnet.at bietet den österreichischen Kommunen nun einen zentralen Zugang zu E-Government-Anwendungen wie Gewerberegister, Grundbuch und zentrales Melderegister. „Früher war das viel komplizierter. Jetzt gibt es einen Benutzer und ein Passwort und schon hat man Zugriff auf alle hoheitlichen Anwendungen", erklärt Kommunalnet-Geschäftsführer Lucas Sobotka. Diskussionsforen sollen darüber hinaus eine Vernetzung von Gemeindemitarbeitern über Bundesländergrenzen hinweg ermöglichen. Die Kommunalkredit Austria und der Gemeindebund treten als Ideengeber der Plattform auf.

Gemeinsam mit dem Finanzministerium wird auch ein Tool zur Finanzierungsprognose angeboten. „Damit können die Gemeinden ihr Budget viel besser planen. Denn sie sehen jetzt jederzeit, mit welchem Ertragsanteil sie rechnen können, also wie viel Geld sie vom Bund über den Finanzausgleich bekommen", so Sobotka.

Interessant ist auch ein Benchmarking-Tool: So können Gemeinden mit verschiedenen Budget-Indikatoren wie z. B. ihren Schuldenstand überprüfen bzw. wo sie im Vergleich zu allen anderen Gemeinden der Region oder des gesamten Bundeslandes stehen.

Text
Gertraud Eibl

Wer kriegt das größte Stück vom Kuchen?

Kaum ein Politikbereich ist derart komplex und verwaltungsintensiv wie die EU-Kohäsionspolitik. Knapp 800 Mitarbeiter umfasst die Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission. Sie soll den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt zwischen den Regionen stärken. REPUBLIK hat sich angesehen, wie das Zusammenspiel aus EU-Fördergeldern und nationaler Umsetzung funktioniert.

Die Liste an Projekten ist lang, ihr Erfolg erstaunlich: Die grenzüberschreitende Eisenbahnbrücke zwischen Bulgarien und Rumänien. Das Europäische Zentrum für erneuerbare Energie im burgenländischen Güssing. Oder das europaweit größte Biotechnologiecluster in Øresund – der Meerenge zwischen Dänemark und Schweden. Sie alle sind Ergebnisse der sogenannten Kohäsionspolitik. Kohäsion kommt aus dem Lateinischen (cohaerere) und bedeutet zusammenhängen. Im Fall der Kohäsionspolitik ist der Zusammenhalt zwischen den Regionen gemeint. Hierzulande ist allerdings der Begriff Regionalpolitik geläufiger.

Seit den Anfangsjahren der Gemeinschaften will man mit diesem Politikfeld die Unterschiede zwischen den Regionen ausgleichen. Ein großer Budgetbrocken steht dafür bereit: 347 Mrd. Euro Fördermittel für die Periode 2007 bis 2013, davon fließen rund 1,46 Mrd. Euro in österreichische Projekte. Gefördert wird jeder Staat der EU-27, wenn auch die Stücke vom Kuchen unterschiedlich groß sind. Wie das Geld eingesetzt wird und wie viel jeder Staat bekommt, hängt letztlich vom Entwicklungsstand und von der Wirtschaftsleistung ab.

Flächendeckender Profit

Die wichtigsten Finanzquellen für die EU-Regionalpolitik sind drei verschiedene Strukturfonds: Aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gibt es Gelder für alle Regionen. Die am wenigsten wohlhabenden Staaten bekommen zusätzliche Mittel aus dem Kohäsionsfonds für den Ausbau ihrer Umwelt- und Verkehrsinfrastrukturbereiche. Die EU-Gelder fließen schließlich in nationale Projekte.

„Die Mittelausstattung der Regionen folgt einer komplexen Kalkulation, die viele Parameter einbezieht. Einer der wichtigsten ist das BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten“, sagt Madeleine Mahovsky vom Kabinett des zuständigen Kommissars Johannes Hahn (siehe auch Interview ab Seite 22).

Für die gegenwärtige Förderperiode hat die Europäische Kommission drei Förderziele festgelegt: Das erste Ziel „Konvergenz“ sorgt dafür, dass benachteiligte Regionen mit ausreichenden Mitteln für eine sukzessive wirtschaftliche Angleichung ausgestattet werden. Das sind Regionen, deren BIP unter 75 Prozent des gemeinschaftlichen Durchschnitts liegen. Mit „Regionaler Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsmarkt“ will man Mittel für alle anderen, wohlhabenderen Regionen bereitstellen. Diese fließen in Forschung und technologische Entwicklung, nachhaltige Energieprojekte, Beschäftigungs- und Ausbildungsunterstützung, Fremdenverkehr und Kultur. Das dritte Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ forciert grenzüberschreitende Projekte.

Bei der Geldvergabe orientiert sich die Kommission an der wirtschaftlichen Leistung der einzelnen Regionen, so etwa erhält das Burgenland als „phasing out“-Region mehr Fördergelder als der Rest Österreichs. „Ohne Strukturfonds hätten einige Mitgliedstaaten wenig Mittel für ihre Entwicklungspolitik aufzubringen, in einem reichen Staat wie Österreich ist das natürlich anders“, sagt Johannes Rossbacher, Geschäftsführer der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK). Während in früheren Perioden nur bedürftige Regionen gefördert wurden, erhalten nun alle EU-Mitgliedsstaaten flächendekkend Fördermittel.

„Wir können keine europäische Politik haben, die nur auf einzelne Territorien abzielt. Kluge Solidarität in Europa bedeutet, die Entwicklungschancen in stärkeren Regionen zu fördern. Denn sie sind der wirtschaftliche Motor Europas. Daher müssen alle Regionen die Möglichkeit haben, von der Regionalpolitik zu profitieren“, sagt Christian Gsodam vom Ausschuss der Regionen.

Europäischer Mehrwert

Das „europäischste“ Vorhaben ist zweifellos die ETZ, die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ). Hier geht es um Kooperationen zwischen den Mitgliedsstaaten. Entstanden ist die ETZ aus der Gemeinschaftsmaßnahme Interreg. „Die ETZ beinhaltet drei Stränge: Das ist zum einen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit benachbarter Staaten, etwa im Projekt Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein.

Dann gibt es transnationale Kooperationen, die auf größere Raumdimensionen, etwa den gesamten Alpenraum, abzielen. Eine weitere Form sind die interregionalen themenbezogenen Kooperationen, die

„Die EU-Regionalpolitik darf nicht auf einzelne Territorien abzielen.“

Christian Gsodam,
Ausschuss der Regionen

Ausschuss der Regionen

„Abgewatscht wird immer die Kommission vom Europäischen Rechnungshof.“

Madeleine Mahovsky,
Kabinett Kommissar Hahn

EC

mehrere Regionen verschiedener Länder unabhängig ihrer geografischen Lage einbeziehen“, erklärt Johannes Rossbacher. Der Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) ist auf Initiative des Ausschusses der Regionen entstanden. Er soll die Mängel der Interreg-Projekte aus früheren Förderperioden ausgleichen. „Manche Projekte haben nur Wirkung gezeigt, solange die Gelder geflossen sind“, resümiert Christian Gsodam. Der EVTZ hingegen ist langfristig angelegt und hat Rechtspersönlichkeit. Das erleichtert die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten. Die Regionen können so unbürokratischer zusammenarbeiten und mit gemeinsamen Ausschreibungen den Markt durchdringen.

Schleppender Programmstart

Wer glaubt, dass die Staaten von der EU nur Geld kassieren, der irrt. Denn ein wesentliches Kriterium ist die Kofinanzierung: „Es geht nicht darum, möglichst viel Geld abzuholen. Je mehr Zuschüsse ein Land bezieht, desto mehr muss es selbst investieren“, sagt Karin Vorauer-Mischer vom Finanzministerium. Die nationale Kofinanzierung und die Investitionsbereitschaft seien in vielen Ländern rückläufig. Dementsprechend seien die Projekte in der aktuellen Förderperiode schleppend angelaufen. Der Beginn ist nämlich mit der Finanzkrise zusammengefallen.

Hinzu kommt, dass die Projekte am Anfang einer neuen Periode erst generiert werden müssen, während die vorhergehende noch abgeschlossen wird. Dem europäischen Haushalt folgend gilt nämlich die n+2-Regelung für die „alten“ Mitgliedsländer. Die neuen Mitgliedsländer sowie Portugal und Griechenland dürfen auf die n+3-Regelung zurückgreifen. „Diese besagt, dass die Tranchen nach zwei bzw. drei Jahren mit zertifizierten Ausgaben oder durch Vorschusszahlungen abgearbeitet sein müssen. Sonst fließen sie ins Gemeinschaftsbudget zurück“, sagt Erich Unterwurzacher von der Generaldirektion Regionalpolitik.

In der Regel werden die Projekte von den Staaten vorfinanziert; die EU lässt das Geld erst nach fristgerechter Einreichung der zertifizierten Ausgaben fließen, die letzten Zahlungen erst nach Vorlage des finalen Kontrollberichts. „Um den Karren zum Laufen zu bringen, gab‘s 2007 und 2008 einen Vorschuss von 2,5 Prozent der Fördermittel. Für 2009 wurden nochmals zwei Prozent Vorschuss gewährt“, erläutert Vorauer-Mischer. Außerdem sei man gerade dabei, das Fördersystem zu vereinfachen. „Simplification“ nennt sich dieser Prozess. „Von Fondsempfängern hören wir oft, dass die Regeln zu kompliziert sind“, so Unterwurzacher. Deshalb habe man in den vergangenen beiden Jahren versucht, die Antragstellung und die Abführung förderfähiger Mittel zu optimieren und zu beschleunigen.

Kontrolloverkill?

„Simplifizierung darf aber nicht so verstanden werden, dass nichts mehr geprüft wird“, sagt Susanna Rafalzik von der nationalen Prüfbehörde des EFRE im BKA. Das Thema Kontrolle ist ohnehin ein heikles. Denn der EU wird sowohl überbordende Bürokratie als auch Korruptionsanfälligkeit vorgeworfen.

Susanna Rafalzik mahnt in dieser Sache zu vorsichtigen Aussagen, denn: „Wenn die Strukturmaßnahmen im jährlichen Bericht des Europäischen Rechnungshofes als fehleranfällig beschrieben werden, dann heißt das nicht, dass es sich um Korruption und Betrug handelt. Das können Verwaltungsfehler sein, Fehlinterpretationen von Verordnungen oder fehlende Dokumente“, stellt die Expertin klar. Richtig ist allerdings, dass auf mehreren Ebenen kontrolliert wird.

„Jeder Mitgliedstaat benennt für jedes operationelle Programm eine Verwaltungsbehörde, eine Bescheinigungsbehörde und eine Prüfbehörde“, erklärt Rafalzik. Die Verwaltungsbehörde erfüllt die „first level control“, die Prüfbehörde die „second level control“. Letztere ist quasi die Kontrolle der Kontrolle. Zwar liegt die Implementierung der Politik im

STRUKTURFONDSMITTEL 2007 BIS 2013

Strukturmittelausstattung

ZIEL KONVERGENZ (Phasing Out):
177.166.964 Euro

davon:
- **Phasing out Burgenland EFRE:** 125.026.964 Euro
- **Phasing out Burgenland ESF:** 52.140.000 Euro

REGIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND BESCHÄFTIGUNG:
1.027.311.617 Euro

davon:
- **Regionale Wettbewerbsfähigkeit ESF (nationales Programm):** 472.272.560 Euro
- **Regionale Wettbewerbsfähigkeit EFRE:** 555.039.057 Euro

davon:
- EFRE Kärnten: 67.388.430 Euro
- EFRE Niederösterreich: 145.646.798 Euro
- EFRE Oberösterreich: 95.543.517 Euro
- EFRE Salzburg: 13.813.480 Euro
- EFRE Steiermark: 155.061.854 Euro
- EFRE Tirol: 34.772.988 Euro
- EFRE Vorarlberg: 17.660.129 Euro
- EFRE Wien: 25.151.861 Euro

Legende:
EFRE = Europ. Fonds für Regionale Entwicklung

ESF = Europ. Sozialfonds

Quelle: ÖROK-Geschäftsstelle

Sinne eines „shared management“ in der gemeinsamen Verantwortung von EU und Nationalstaat. „Aber abgewatscht wird immer die Europäische Kommission vom Europäischen Rechnungshof, weil sie letztverantwortlich ist“, so Madeleine Mahovsky vom Kabinett des Kommissars aus Erfahrung.

Transparenz durch Objektivierung

Worin der Mehrwert der Kohäsionspolitik liegt, wird laufend diskutiert. „Um das zu argumentieren, muss man Indikatoren für ein Monitoring haben“, sagt Mahovsky. „Manchmal konzentrieren wir uns zu stark auf den Input, weil der Output eines Programms schwieriger messbar ist“, so die Mitarbeiterin von Kommissar Hahn. Eines ist aber sicher: Der mehrjährige Planungszeitraum und der Evaluierungszyklus haben die nationale Umsetzung der Regionalpolitik systematisiert. Seit geraumer Zeit laufen die Vorbereitungen für die Förderperiode nach 2013. Dann wird zum ersten Mal das Europäische Parlament zusammen mit dem Rat im Mitentscheidungsverfahren über den Vorschlag der Kommission abstimmen. Und die Weichen für regionalpolitische Innovationen stellen.

„Je mehr Zuschüsse ein Land bezieht, desto mehr muss es selbst investieren.“

Karin Vorauer-Mischer, BMF

BMF

Sie wollen Lösungen? Hier sind schon mal drei.

Technische Änderungen, Farbabweichungen und Irrtümer vorbehalten. Das 5 ms-Logo ist ein geschütztes Warenzeichen von BenQ Incorporated. DLP® und das DLP-Logo sind registrierte Warenzeichen von Texas Instruments. DVI und das DVI-Logo sind Warenzeichen der DDWG. Die Screeninhalte sind geschützte Bildmarken der BenQ Deutschland GmbH.

Business-Lösungen mit brillanter Bildqualität – Innovation made by BenQ
Zuverlässige und innovative Technik, Bildergebnisse vom Feinsten, exklusives Design und durchdachte Bedienerfreundlichkeit: So wird das Büro zum Lebensraum und die Lebensräume werden zum Büro.

G2200W: 55,88-cm-(22"-)Widescreen-TN-Panel, 5 ms Reaktionszeit, 2500:1 dynamischer Kontrast, 300 cd/m² Helligkeit, 1680 x 1050 (16:10), Senseye®+Photo-Technologie, TCO-03-zertifiziert

V2410T: 60,96-cm-(24"-)Widescreen-TN-Panel, **LED-Display**, 5 ms Reaktionszeit, 5.000.000:1 dynamischer Kontrast, 1920 x 1080 (Full-HD, 16:9), Senseye®-3-Technologie, TCO-5.0-zertifiziert, 130 mm höhenverstellbar inkl. Pivot-Funktion

MP670: XGA (1024 x 768), HDMI™, **3D Ready**, 3000:1 Kontrast, 3200 ANSI Lumen, BrilliantColor™, Filterfrei, ca. 4000 Std. Lampenlebensdauer (Eco-Modus)

Weitere Informationen auf **BenQ.at** oder direkt bei Ihrem BenQ Fachhandelspartner.

BenQ
Enjoyment Matters

Text
Gertraud Eibl

Vom Museumsnetzwerk zur Erdbebenhilfe

EFRE und ESF, ISPA und ETZ: Was nach kryptischen Abkürzungen klingt, entpuppt sich als gewinnbringende Fördermodelle und nachhaltige Kooperationen. REPUBLIK hat sich auf einen Streifzug durch die regionalpolitische Projektlandschaft gemacht.

Regionalmanagement Landeck

Müde Bergsteiger können im Naturparkhaus am Kaunergrat einen interaktive Streifzug durch die Flora der Umgebung machen. Das Museum istTeil eines Interreg-Projektes.

J. Wachter

Nach dem Erdbeben in L'Aquila gewährte die EU über 493 Mio. Euro Finanzhilfe aus dem Europäischen Solidaritätsfonds.

Interreg-Projekte in der Grenzregion Italien-Österreich-Schweiz

2007 wurde der Interreg-Rat Terra Reaetica konstituiert, ein Zusammenschluss von Organisationen im Grenzgebiet von Italien, der Schweiz und Österreich. Dieser Zusammenschluss hat für die gegenwärtige Förderperiode 2007 bis 2013 Programme in den Bereichen Kultur, Natur und Soziales entwickelt: Cultura Raetica, Natura Raetica und Humana Raetica nennen sich die Programme. Ein Cultura-Raetica-Projekt etwa ist das „Transmuseum": Ein grenzüberschreitendes Museumsnetz für die Förderung der nachhaltigen Gebietsentwicklung. Mit der Burgencard „Terra Raetica" kann man neun Burgen in drei Ländern mit einem Gutscheinblock von zehn Euro, sämtliche Nationalparks in der Grenzregion mit einem Infopass im Rahmen von Natura Raetica besuchen. Die Zusammenarbeit der Regionen erfolgt im Rahmen der Interreg-IV-Programme Österreich/Italien und Italien/Schweiz. Neben dem Zusammenschluss Tirol-Südtirol-Trentino gibt es außerdem die Interreg-Kooperation Kärnten-Friaul-Veneto.

Kosten für das Projekt Transmuseum: 1,07 Mio. Euro (davon Tirol: 120.000 Euro)
EFRE: 672.800 Euro
Fördermittel Staat Italien und Land Tirol: 224.268 Euro
Durchführungszeitraum: 2008–2011

Finanzhilfe nach dem Erdbeben in L'Aquila

Im Jahr 2002 wurde ein weiteres Instrument der EU-Regionalpolitik geschaffen: der EU-Solidaritätsfonds. Finanziert wird der Fonds aus Mitteln, die die Mitgliedsstaaten über den EU-Haushalt hinaus aufbringen. Die größte Katastrophe seit Errichtung dieses Fonds ereignete sich am 6. April 2009, als ein Erdbeben die Region um L'Aquila in den italienischen Abruzzen verwüstete. Über 300 Menschen kamen ums Leben, Tausende wurden verletzt und 85.000 obdachlos. Die direkten Schäden beliefen sich auf über 10 Milliarden Euro. Zusammen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat konnte die Kommission binnen weniger Monate eine Finanzhilfe des Solidaritätsfonds von über 493 Millionen mobilisieren und an Italien auszahlen. Bis zum 1. Dezember 2009 konnten so die letzten Zeltunterkünfte geschlossen werden. Die Schulen nahmen bereits im September den Betrieb auf. Der Solidaritätsfonds konnte ca. 30 Prozent der Gesamtkosten dieser Projekte decken.

Gesamtschaden: 10 Mrd. Euro
Hilfe aus dem Europäischen Solidaritätsfonds: 439 Mio. Euro

Alternative Energieformen in Güssing

Gegründet wurde das Europäische Zentrum für erneuerbare Energie Güssing (EEE) im Jahr 1996. Güssing ist ein Vorreiter bei der Entwicklung von Spitzentechnologien im Bereich der erneuerbaren Energien und gilt als Motor für die Wirtschaftsentwicklung in der Region. In ihrem Biomassekraftwerk benutzt die Stadt Holz aus Wäldern der Umgebung und erzeugt mehr Strom, als sie verbraucht. Dadurch ist Güssing zum regionalen Stromversorger geworden. Seit der Gründung des EEE konnte die Stadt ihre Kohlendioxidemissionen um 93 Prozent senken.

EEE

Strom aus Holz hat Güssing den Beinamen „Energiemekka“ eingebracht. Das Technologiezentrum ist zu einem Wahrzeichen der burgenländischen Gemeinde geworden.

Photos.com

Pharmaforschung auf engstem Raum: In der dänisch-schwedischen Grenzregion Medicon Valley haben sich mittlerweile über 300 Pharmafirmen angesiedelt.

GLOSSAR

EFRE: Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung verfolgt das Ziel, die Entwicklungsunterschiede zwischen den unterschiedlichen Regionen in Europa auszugleichen. In der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 kommt der EFRE im Rahmen von drei Zielen zum Einsatz: 1. Ziel „Konvergenz“, 2. regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, 3. Europäische territoriale Zusammenarbeit.

Interreg: Eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Regionen und Nachbarregionen in EU-Nachbarstaaten.

EAGFL: Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft war bis zum Ende des Jahres 2006 ein Fonds zur Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik. Er war neben dem EFRE, dem ESF und dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei einer der sogenannten Strukturfonds.

LEADER +: Ein Pilotprogramm für innovative Strategien in der ländlichen Entwicklung in der Förderperiode 2000 bis 2006.

Zu den Dienstleistungen zählen Energiemanagement und -beratung, Weiterbildung sowie Forschung und Entwicklung.

Projektbeispiel Biomassekraftwerk Güssing:
Programm: Ziel 1 Burgenland
Gesamtkosten: 10,9 Mio. Euro
EU-Kofinanzierung: 3,6 Mio. Euro
Nationale öffentliche Mittel: 3,2 Mio. Euro
Durchführungszeitraum: 2000–2003

Biotechnologie in Skandinavien

1991 beschlossen die schwedische und die dänische Regierung, eine Verbindung über der Meerenge Øresund zu schaffen. Heute umfasst die Region Øresund den Großraum Kopenhagen und die Region Scania in Südschweden. Eine Kooperation zwischen der Industrie, Unternehmen und dem öffentlichen Sektor gab den Startschuss für die Wissenschaftsregion Øresund (ØSR). Das Cluster hat sich mittlerweile im Bereich Biotechnologie/Medizin etabliert. Mit mehr als 300 größeren Pharmaunternehmen umfasst die Region, die unter dem Namen „Medicon Valley“ bekannt ist, eine europaweit unerreichte Konzentration und ist mittlerweile Weltmarktführer in den Bereichen Diabetes, Entzündung/Immunologie, Neurowissenschaften und Krebs. 1997 entstand überdies die Medicon Valley Academy, gefolgt von der Øresund University.
Programm: Interreg IIA
Gesamtkosten: 3,95 Mio. Euro
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE): 1,98 Mio. Euro
Durchführungszeitraum: 2002–2005

Grenzüberschreitende Straßen- und Eisenbahnbrücke

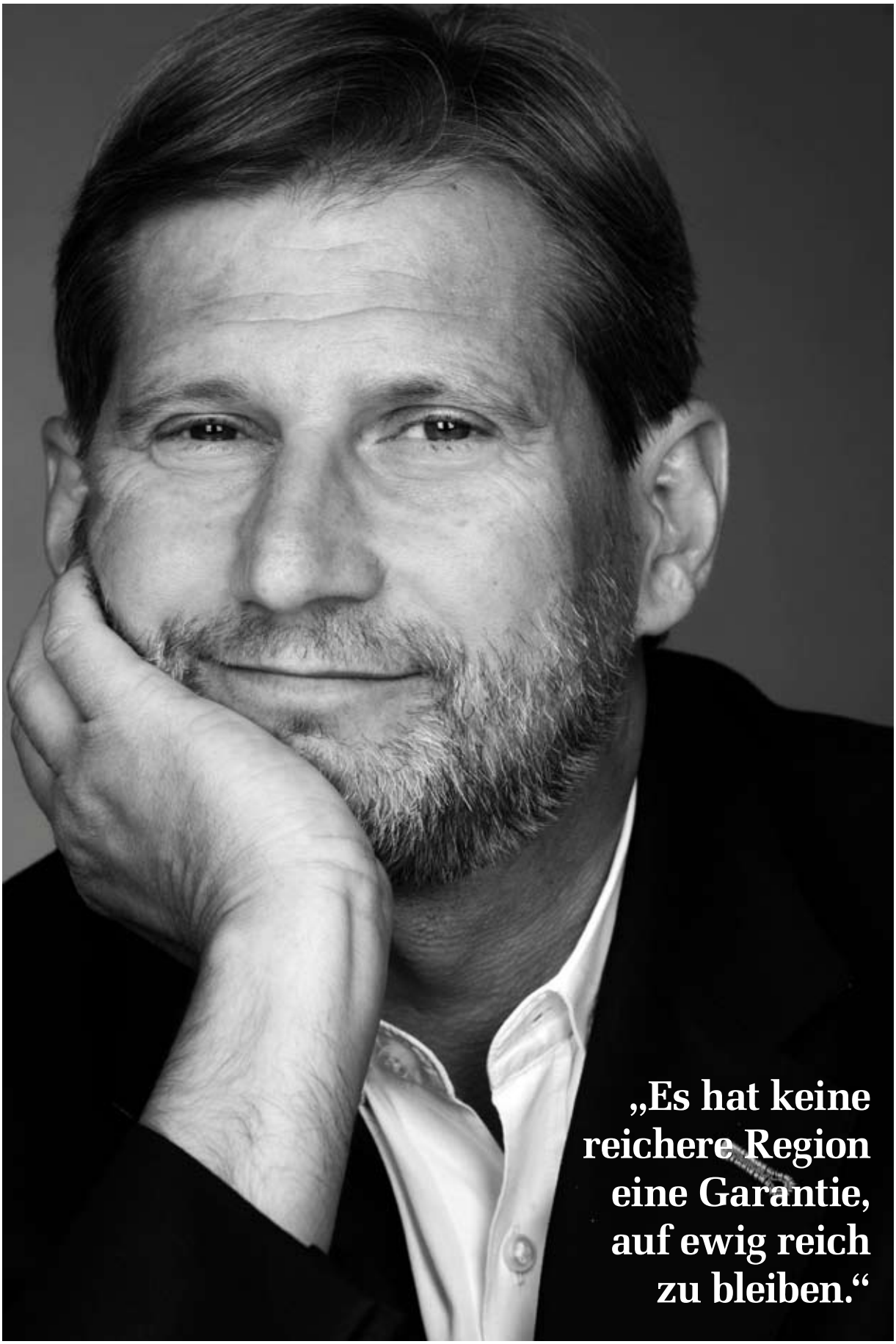
Im Vorfeld des EU-Beitritts von Rumänien und Bulgarien wurde 2007 mit der Errichtung der kombinierten Straßen- und Eisenbahnbrücke zwischen Vidin (BG) und Calafat (RO) über die Donau begonnen. Kofinanziert wurde das Projekt aus dem „Instrument for Structural Policies for Pre-Accession“ (ISPA) und dem Kohäsionsfonds. Die Gesamtlänge der Straße beträgt 1.440 Meter, jene der Schienenverbindung 2.480 Meter. Das grenzüberschreitende Projekt sollte wirtschaftliches Wachstum und grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern und Reisen im Fernverkehr erleichtern.
Gesamtkosten: 234 Mio. Euro
ISPA und Kohäsionsfonds: 70 Mio. Euro
Durchführungszeitraum: 2007–2010

Technologietransfer in den West Midlands

Das Projekt „EnviroINNOVATE“ forciert die Vernetzung von Forschungseinrichtungen mit klein- und mittelständischen Unternehmen im Umweltsektor in den britischen West Midlands. Ziel ist die Entwicklung langfristiger Kooperationen von akademischen Einrichtungen und KMU. Beteiligt waren sieben Universitäten und etliche regionale KMU, unterstützt durch eine Umweltagentur und Akteure aus dem privaten Sektor. Zu den Inhalten der Zusammenarbeit gehören u.a. die Entwicklung von Technologien zur Abfallentsorgung, zur Kontrolle der Luft- und Wasserverschmutzung sowie von Messtechniken, Software und Kontrollsystemen für den Umwelttechnologiemarkt.
Gesamtkosten: rund 1 Mio. Euro

Interview
Gertraud Eibl

Fotos
Hans Ringhofer



„Es hat keine reichere Region eine Garantie, auf ewig reich zu bleiben.“

„Regionalpolitik ist nicht Charity“

Gewünscht hat er sich ein „Zukunftsressort“, bekommen hat er die Kohäsionspolitik: Mit einem milliardenschweren Fördertopf bestimmt Johannes Hahn nun die Zukunft von Europas Regionen. Der Newcomer auf dem EU-Parkett spricht mit REPUBLIK über den Beginn seiner Amtszeit, Energieverschwendung in der Stadt und Fehler im öffentlichen Auftragswesen

Was waren die größten Herausforderungen in Ihren ersten Monaten als EU-Kommissar?

Die zentrale Aufgabe meines neuen Amts war und bleibt die Vorbereitung der Förderperiode ab 2014. Die Vorarbeiten dazu laufen bereits intensiv, ebenso die Dialoge mit den anderen europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten. Daneben war ich in den ersten Wochen leider durch zwei verheerende Naturkatastrophen auf Madeira und in Westfrankreich gefordert, da auch der Europäische Solidaritätsfonds, damit die Wiederaufbauhilfe nach Katastrophen, in mein Ressort fällt.

Regionalpolitik wird oft als Fördergießkannenpolitik für die ärmsten Gegenden in Europa kritisiert. Was kann man tun, damit sich das ändert?

Regionalpolitik ist nicht Charitypolitik, sondern eine gezielte Investitionspolitik in alle europäischen Regionen – wobei klar ist, dass wir in unserer Solidarität mit den ärmsten Regionen auch finanziell am stärksten gefordert sind. Mir geht es jedenfalls darum, in der nächsten Förderperiode die Regionalpolitik noch stärker in den Dienst der Strategie „Europa 2020“ zu stellen und mitzuhelfen, diese Strategie in den Regionen Europas umzusetzen.

Bleiben wir bei der EU 2020-Strategie. Wie wird sich diese in der kommenden Förderperiode ab 2013 widerspiegeln?

Die zentralen Ziele der Strategie liegen auf einer Linie mit den Interessen der Regionen: Investitionen in Forschung und Entwicklung, der Übergang zur wissensbasierten Gesellschaft, Maßnahmen zur besseren Energieeffizienz, Investitionen in nachhaltige Jobs und neue Infrastrukturen wie Breitband und letztlich das gemeinsame Überwinden der Wirtschaftskrise werden zuerst in den Regionen realisiert. Daher möchte ich den Anteil der zweckgewidmeten Mittel aus den Strukturfonds noch weiter erhöhen, um die Strategie zu einem Erfolg werden zu lassen.

Das übergeordnete Ziel der Regionalpolitik ist die soziale und wirtschaftliche Angleichung der Regionen. Was ist bisher gelungen und welche neuen Akzente wollen Sie setzen?

In den vergangenen Jahren ist die Heranführung vieler früher ärmeren Regionen an das europäische Wohlstandsniveau hervorragend gelungen – diese Erfolgsgeschichte wollen wir in den nächsten Jahren weiter schreiben. Aber: Es hat keine derzeit reichere Region eine Garantie, auf ewig reich zu bleiben. Daher brauchen wir eine maßgeschneiderte regionale Entwicklungspolitik für jede einzelne europäische Region, die ihre spezifischen Stärken – etwa in Forschung und Entwicklung oder auch im Tourismus oder Industrie – unterstützt.

Besondere Aufmerksamkeit möchte ich in den nächsten Jahren den urbanen Räumen widmen. Die Städte sind die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Brennpunkte Europas, aber auch jene Regionen mit den größten sozialen Proble-

„Renationalisierung der Regionalpolitik wäre politisch kurzsichtig.“

men, der höchsten Energievergeudung und der größten Belastung für die Umwelt.

Die Programme der gegenwärtigen Förderperiode sind aufgrund der Wirtschaftskrise schleppend angelaufen. Welche Änderungen der Regeln sind für den Zeitraum während der Wirtschaftskrise gedacht, welche Vereinfachungen soll es längerfristig geben?

Kurzfristig war es neben den genannten Vereinfachungen vor allem wichtig, die Liquiditätssituation jener Mitgliedsstaaten zu verbessern, die von der Krise am stärksten betroffen sind. Sie sollen die Möglichkeit haben, die notwendigen Investitionsvorhaben rasch angehen zu können. Langfristig, das heißt ab der nächsten Periode, wird es notwendig sein, das Vergabe-, Abrechnungs- und Kontrollsystem weiter zu vereinfachen, etwa im Bereich des öffentlichen Auftragswesens oder der einschlägigen Beihilfenregelungen. Die meisten Fehler und Unregelmäßigkeiten geschehen in diesem Bereich, und ich bin überzeugt, dass einfache Regelungen positive Auswirkungen auf die Fehlerquote haben.

Jedes operationale Programm wird auf nationaler Ebene durch eine Verwaltungsbehörde, eine Bescheinigungsbehörde und eine Prüfbehörde kontrolliert. Ist das nicht ein Kontrolloverkill?

Der Europäische Rechnungshof kritisiert nicht ganz zu Unrecht, dass Kohäsionspolitik immer noch zu den Politikbereichen mit der höchsten Fehlerquote gehört. Wobei ich hier klar machen möchte, dass Fehler nicht gleichbedeutend mit Betrug sind – Betrugsfälle gibt es zum Glück nur sehr wenige. Aber eines ist klar: Geteiltes Management heißt auch geteilte Verantwortung zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission. Daher sind die vielfältigen und ergänzenden Kontrollen auch wichtig, um die korrekte Anwendung der Regeln sicherzustellen und Vertrauen zwischen den Ebenen zu schaffen, dass die Mittel effizient und korrekt verwendet werden.

Trotz vieler Erfolgsgeschichten gibt es eine Diskussion über den Mehrwert der EU-Regionalpolitik, da der Großteil der Fördergelder ohnehin in nationale und nicht in grenzüberschreitende Programme fließt. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um einer Renationalisierung entgegenzuwirken?

Eine Renationalisierung der Regionalpolitik wäre politisch kurzsichtig und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Gerade die reicheren Mitgliedsstaaten haben in den letzten Jahren davon profitiert, dass im Süden und Osten Europas neue Absatzmärkte entstanden sind, weil sich die Leute und Betriebe dort etwas leisten konnten. Allein zwischen 2005 und 2008 sind die österreichischen Exporte in den neuen Mitgliedsstaaten um 50 Prozent gestiegen. Wer glaubt, dass es eine solche gesamteuropäische Entwicklung auf Basis von nationalen Entwicklungsprogrammen allein geben würde, der irrt gewaltig. Wir brauchen im Gegenteil in der nächsten

Periode noch mehr grenzüberschreitende und interregionale Ansätze. In diesem Zusammenhang finde ich etwa auch die Idee der Makroregionen, etwa die Donauraum-Strategie, einen interessanten neuen Ansatz: Hier geht es auch nicht darum, zusätzliches Geld in die Region zu stecken, sondern die bestehenden Projekte und Projektideen so aufeinander abzustimmen, dass ein realer Mehrwert für die gesamte Region entsteht.

Gibt es Erfolgsprojekte, die Sie besonders beeindrucken?

Mehr als ich hier darstellen könnte. In Österreich ist natürlich Güssing ein mittlerweile international bekanntes Vorzeigeprojekt, auf das ich auch auf europäischer Ebene immer wieder angesprochen werde. Allgemein gesprochen ist es schon sehr spannend, zu sehen, welche Kreativität in unseren Regionen schlummert, und welche Schätze es gibt, die auch den gemeinsamen Reichtum Europas ausmachen.

EUROPÄISCHES FORUM ALPBACH

ENTWURF UND WIRKLICHKEIT
CONSTRUCTION AND REALITY

19.08.–04.09.2010
EUROPÄISCHES FORUM ALPBACH 2010
EUROPEAN FORUM ALPBACH 2010

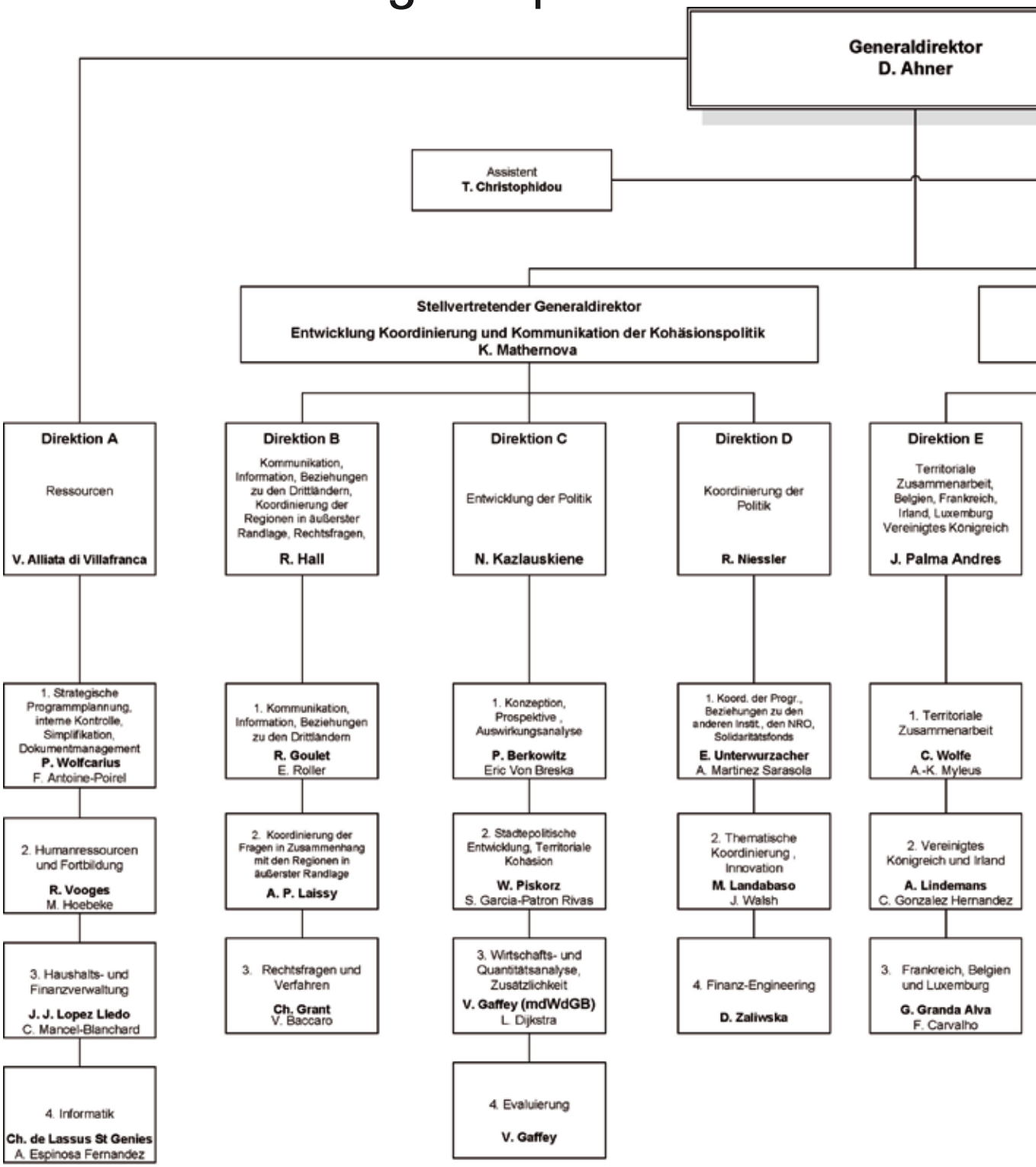
„Entwurf und Wirklichkeit" - unter diesem Motto werden beim Europäischen Forum Alpbach 2010 rund 4.000 TeilnehmerInnen aus über 60 Staaten gemeinsam mit ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen aktuelle Fragestellungen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft diskutieren. Das Europäische Forum Alpbach versteht sich als interdisziplinäre und internationale Plattform für einen offenen und kritischen Diskurs. Neben der akademisch orientierten Seminarwoche und den renommierten Sommerschulen für Europarecht und Gesundheitswesen bieten vor allem die Alpbacher Gespräche Gelegenheit zur Begegnung mit den interessantesten Persönlichkeiten unserer Zeit.

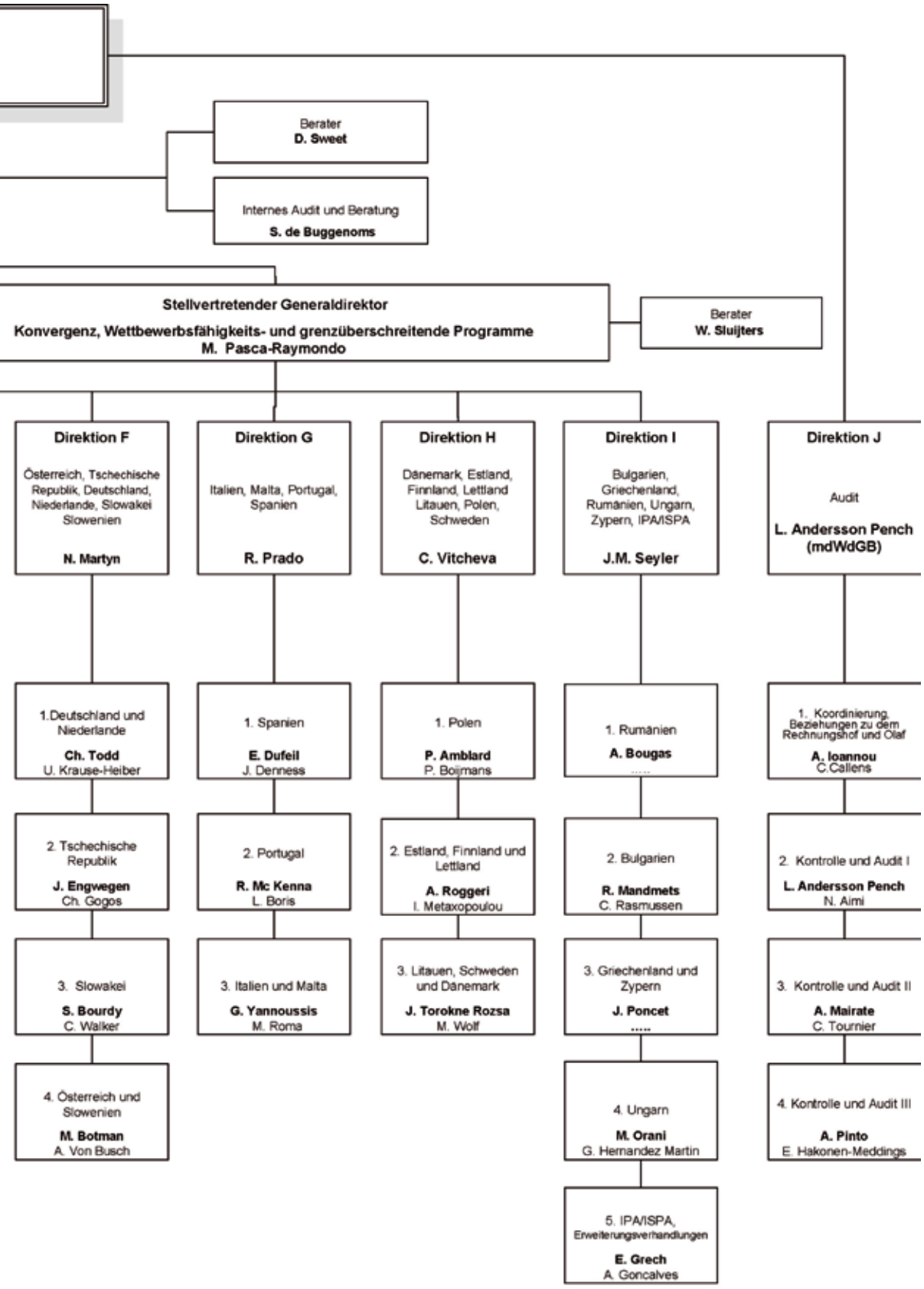
PROGRAMM UND ANMELDUNG UNTER:
WWW.ALPBACH.ORG

Quelle
Europäische Kommission

Europäische Kommission:

Organigramm der Generaldirektion Regionalpolitik




Berater
D. Sweet
Internes Audit und Beratung
S. de Buggenoms
Stellvertretender Generaldirektor
Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeits- und grenzüberschreitende Programme
M. Pasca-Raymondo
Berater
W. Sluijters
Direktion F
Österreich, Tschechische Republik, Deutschland, Niederlande, Slowakei Slowenien
N. Martyn
Direktion G
Italien, Malta, Portugal, Spanien
R. Prado
Direktion H
Dänemark, Estland, Finnland, Lettland Litauen, Polen, Schweden
C. Vitcheva
Direktion I
Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Ungarn, Zypern, IPA/ISPA
J.M. Seyler
Direktion J
Audit
L. Andersson Pench (mdWdGB)
1.Deutschland und Niederlande
Ch. Todd
U. Krause-Heiber
2. Tschechische Republik
J. Engwegen
Ch. Gogos
3. Slowakei
S. Bourdy
C. Walker
4. Österreich und Slowenien
M. Botman
A. Von Busch
1. Spanien
E. Dufeil
J. Denness
2. Portugal
R. Mc Kenna
L. Boris
3. Italien und Malta
G. Yannoussis
M. Roma
1. Polen
P. Amblard
P. Boijmans
2. Estland, Finnland und Lettland
A. Roggeri
I. Metaxopoulou
3. Litauen, Schweden und Dänemark
J. Torokne Rozsa
M. Wolf
1. Rumänien
A. Bougas
.....
2. Bulgarien
R. Mandmets
C. Rasmussen
3. Griechenland und Zypern
J. Poncet
.....
4. Ungarn
M. Orani
G. Hernandez Martin
5. IPA/ISPA, Erweiterungsverhandlungen
E. Grech
A. Goncalves
1. Koordinierung, Beziehungen zu dem Rechnungshof und Olaf
A. Ioannou
C.Calliens
2. Kontrolle und Audit I
L. Andersson Pench
N. Aimi
3. Kontrolle und Audit II
A. Mairate
C. Tournier
4. Kontrolle und Audit III
A. Pinto
E. Hakonen-Meddings

Text
Lukas Wiesboeck

Wo sind die Kaderschmieden der Verwaltung?

Wer früher bei Vater Staat Karriere machen wollte, kam um ein Jusstudium nicht herum. Das hat sich mittlerweile geändert: Eine wachsende Anzahl von Public-Management-Ausbildungen bietet Alternativen an. REPUBLIK weiß, wo man künftige Führungskräfte der Verwaltung schon heute treffen kann.

Knapp 350.000 Menschen arbeiten in Österreich für Bund, Länder und Gemeinden. Das entspricht lt. Personalbericht des Bundes rund 12 Prozent aller heimischen Arbeitnehmer. Dennoch gab es lange Zeit keine Ausbildungsmöglichkeiten mit zentralem Fokus auf die öffentliche Verwaltung. Eine Institutionalisierung des Fachs „Verwaltungswissenschaften" hat in Österreich – im Gegensatz zu Deutschland – nie stattgefunden. Noch immer gelten Rechtswissenschaft oder Betriebswirtschaftslehre als klassische Einstiegsstudien für Jobs in der Verwaltung. Dieses Dogma löst sich langsam und stetig auf. In den vergangenen fünf Jahren schossen

spezialisierte Public-Management-Studiengängen aus dem Boden, viele davon an Fachhochschulen. Hauptgrund: Der Bologna-Prozess brachte Bewegung in die Strukturen des tertiären Bildungssektors – endlich gab es Alternativen zu den bis dahin gängigen Diplomstudien.

Zersplitterte Ausbildungslandschaft

Dabei erkennt man jedoch keine koordinierte Strategie. Die Ausbildungslandschaft für Public Management präsentiert sich vielmehr zersplittert: Mehrere Post-Graduate-Programme stehen einer überschaubaren Zahl an Grundstudien gegenüber. Nicht nur die Art der zu erwerbenden Abschlüsse, sondern auch die inhaltliche Schwerpunktsetzung variiert. So hat etwa die Donau Uni Krems einen starken IT-Fokus, während sich die Salzburg Management Business School eher an der wirkungsorientierten Verwaltungsführung ausrichtet. Was alle Ausbildungen vereint ist der interdisziplinäre Charakter.

„Führungskräfte im öffentlichen Bereich benötigen ein breites Fundament an betriebswirtschaftlichem Wissen. Verbunden mit rechtlichem Sachverstand sowie methodischen und sozialen Kompetenzen ergibt dies eine ideale Basis“, sagt Markus Lehner, Lehrgangsleiter an der FH Oberösterreich. „Public Management: Das ist bei Weitem nicht nur die Verwaltung, der Begriff umfasst auch die vielen ausgegliederten Organisationen und Public Private Partnerships“, ergänzt Renate Meyer vom Institut für Public Management an der WU Wien. Für die Steuerung all dieser Institutionen bedürfe es der Fähigkeit, Management- und betriebswirtschaftliches Know-how in die Sprache der Politik

„Der Bund steht unter Zugzwang, ein Zeichen für den Arbeitsmarkt insgesamt zu setzen.“

Wolfgang Gratz,
FH Campus Wien

Foto Wilke

„Wir brauchen mehr grenzüberschreitende Studiengänge."

Christine Leitner,
Donau-Universität Krems

Donau-Uni Krems

und der Verwaltung zu übersetzen.

Die Wichtigkeit dieser Fähigkeit hat man auch im Bund erkannt. Viele neue Mitarbeiter hätten trotz eines hohen Bildungsniveaus keine ausreichenden fachübergreifenden Kenntnisse, wird im Personalbericht des Bundes 2009 bekrittelt.

Um diesen Mangel an spezialisierten Absolventen zu kompensieren und den Ein- und Nachschulungsbedarf zu verringern, wurde im Herbst 2008 in Zusammenarbeit mit der FH Campus Wien ein berufsbegleitender Bachelor-Studiengang ins Leben gerufen. Das Angebot richtet sich speziell an Personen, die bereits für die Öffentliche Hand arbeiten. Durch Anrechnung ihrer Dienstprüfung können sie die Mindeststudiendauer von sechs auf vier Semester verkürzen. „Besonderen Wert legen wir darauf, dass unsere Studierenden sich kritisch mit ihrem Aufgabenbereich und ihrem beruflichen Umfeld auseinandersetzen", sagt Studiengangsleiter Wolfgang Gratz. Zusätzlich sollen auch soziale und persönliche Führungskompetenzen entwickelt werden. Knapp 60 Teilnehmer haben sich bisher pro Semester eingeschrieben. Ab Herbst 2011 soll es als nächsten Schritt ein berufsbegleitendes Master-Programm geben, das sich mit dem Management von Veränderungsprozessen auseinandersetzen und Mitarbeiter für höhere Management-Aufgaben ausbilden soll.

Bachelor noch nicht anerkannt

Neben dem FH Campus in Wien bieten auch die FH Kärnten und jene in Oberösterreich Grundstudium und Post-Graduate-Qualifikation für Public Management an. Problematisch erscheint allerdings, dass die ersten Bachelor-Absolventen Schwierigkeiten haben, Beschäftigungen zu finden. Die Bachelor-Ausbildung gilt schließlich in der Verwaltung noch nicht als vollwertiger akademischer Abschluss. Gratz geht aber davon aus, dass eine Änderung des Dienstrechts aber nur eine Frage der Zeit ist: „Der Bund steht unter Zugzwang, ein Zeichen für den Arbeitsmarkt insgesamt zu setzen." Lehner geht noch einen Schritt weiter und stellt in Frage, ob das klassische A- und B-System der Verwaltung überhaupt noch zeitgemäß ist: „Man wird auf Dauer nicht umhin kommen, die Einstufungssysteme zu flexibilisieren. Erste Bundesländer haben bereits damit begonnen, nicht nur die Ausbildungen, sondern auch die Aufgaben ihrer Mitarbeiter zu werten."

Neue Konzepte

Auch in der Post-Graduate-Landschaft verfolgt man die Situation genau: „Sobald es eine kritische Zahl an Bachelor-Absolventen gibt, müssen wir die Master aufgrund des bereits vorhandenen Vorwissens dieser Zielgruppe umstrukturieren", sagt Christine Leitner, Lehrgangsleiterin des österreichweit einzigen „Master of Public Administration"-Programms an der Donau-Uni Krems. Schon jetzt stellt sie fest, dass bei vielen MBA-Qualifikationen der Staat zu sehr wie ein Unternehmen behandelt wird, ohne dass man darüber eine substanzielle wissenschaftliche Diskussion führe. Hier brauche es gemeinsame Plattformen, um neue Konzepte zu entwickeln und langfristig einen Kompetenzkatalog für moderne Verwaltungs-

bedienstete zu erstellen. Leitner plädiert dabei in erster Linie für einen internationalen Ansatz. „Das Thema EU-Integration wird in vielen Programmen nur peripher behandelt. Das entspricht aber nicht der Verwaltungspraxis."

Austausch mit Übersee

Durch mehr grenzüberschreitende Studiengänge könne die Vernetzung vorangetrieben und Barrieren abgebaut werden, so Leitner. In Krems sind Austauschprogramme mit der Schweiz und eine einwöchige Studienreise vorgesehen. Die Salzburg Management Business School konnte in New York und Washington DC amerikanische Unikooperationspartner gewinnen.

Wolfgang Gratz teilt die Forderung nach mehr akademischem Dialog. Für ihn sind aber vor allem die Universitätsinstitute gefordert, sich mehr mit den speziellen Fragen des Öffentlichen Dienstes zu beschäftigen. Derzeit ist das Institut für Public Management der WU Wien hier allein auf weiter Flur: „Natürlich hätte das Fach ein größeres Gewicht, wenn es von vielen Instituten und Forschern getragen würde. Insbesondere auf einschlägigen internationalen Konferenzen fällt uns auf, dass sich die Österreicher meist an einer Hand abzählen lassen", so Renate Meyer. Ihr Institut bietet jedes Semester 30 Studenten eine praxisbezogene Spezialisierungsmöglichkeit. Für die Zukunft könne sie sich vorstellen, an der WU auch ein MPA-Programm anzubieten. Nur die derzeitige Ressourcenausstattung hindert sie daran noch.

HINTERGRUND

Public Management Ausbildungen in Österreich

FH CAMPUS WIEN:
Bachelor Public Management
- Dauer: 6 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 363 Euro pro Semester

www.fh-campuswien.ac.at

FH KÄRNTEN:
Bachelor Public Management
- Dauer: 6 Semester (berufsbegleitend oder Vollzeit)
- keine Studiengebühren

Master Public Management
- Dauer: 4 Semester (berufsbegleitend)
- keine Studiengebühren

www.fh-kaernten.at

FH OBERÖSTERREICH:
Bachelor Sozial- und Verwaltungsmanagement
- Dauer: 6 Semester (berufsbegleitend)
- keine Studiengebühren

MA Services of General Interest
- Dauer: 4 Semester (berufsbegleitend)
- keine Studiengebühren

www.fh-ooe.at

DONAU-UNIVERSITÄT KREMS
Master of Public Administration
- Dauer: 4 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 19.900 Euro

Zertifizierter Verwaltungsmanager
- Dauer: 2 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 2.990 Euro (1.990 Euro für Teilnehmer aus Gemeinden in NÖ)

www.donau-uni.ac.at

SALZBURG MANAGEMENT BUSINESS SCHOOL
MBA Public Administration
- Dauer: 4 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 24.525 Euro

Universitätslehrgang Public Management in Salzburg und Bozen
- Dauer: 1 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 5.490 Euro

www.smbs.at

MODUL UNIVERSITY VIENNA

MBA Public Governance and Management
- Dauer: 4 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 28.000 Euro

www.modul.ac.at

WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT WIEN
Spezialisierungsmodul Public Management
- 2 Semester (Vollzeit)
- keine Studiengebühren

www.wu.ac.at

WWEDU-FERNSTUDIUM
Master of Public Administration
- 4 Semester (berufsbegleitend)
- Kosten: 6.000 Euro

www.wwedu.com

Text
Christina Leitner

Photos.com

Riskante Pillen per Mausklick

Der Handel mit gefälschten Arzneimitteln im Internet boomt. Die minderwertigen Imitate haben oft gar keine oder eine falsche Wirkung. Ihre Umsätze übertreffen aber mittlerweile jene des illegalen Drogenhandels. Öffentliche Hand und Pharmaindustrie wollen die gefährlichen Produktpiraten nun auf die Insel schicken.

Von der Pizza bis zum Eigenheim, vom Karibikurlaub bis zum Designer-Shirt – im virtuellen Raum lassen sich Produkte aus allen Lebensbereichen bestellen, bezahlen und bequem in die reale Welt liefern. Eine Ausnahme gibt es jedoch: Der Online-Verkauf von Medikamenten ist strikt verboten. Zumindest in Österreich. Die strenge Handhabung in der Alpenrepublik steht liberalen Ansätzen in vielen anderen europäischen Ländern wie Deutschland, England oder Schweden gegenüber.

Weltweit betrachtet nimmt der illegale Vertrieb von rezeptflichtigen Arzneimitteln jedenfalls konstant zu. Wie riskant die „Online-Schnäppchen" sein können, zeigen Angaben der österreichischen Arzneimittelagentur (Ages Pharmmed): 593 illegale Medikamente wurden 2009 im Arzneimittelkontrolllabor getestet, davon wurden 441 als gesundheitsgefährdend eingestuft. „Im besten Fall zeigen die Produktfälschungen keine Wirkung. Doch auch dies ist problematisch, wenn Patienten dadurch auf die Einnahme von wirkungsvollen Medikamenten verzichten", sagt Harald Glatz aus der Abteilung Konsumentenpolitik in der Arbeiterkammer (AK) Wien.

Der Handel mit Medikamenten-Plagiaten ist jedenfalls ein lukratives Geschäft. Rund 15 Prozent des Welthandels entfallen auf diesen kriminellen Sektor, der damit sogar die Suchtgiftkriminalität übertrifft. Laut Berichten der EU-Kommission wurden 2009 innerhalb von zwei Monaten rund 34 Millionen gefälschte Pillen an den europäischen Grenzen beschlagnahmt. Der Produktpirateriebericht 2009 des Finanzministeriums (BMF) bestätigt das Problem: Auch hier sind es gefälschte Arzneimittel, die mit über 27.000 Artikeln die Statistik der vom Zoll aufgegriffenen Plagiate anführt.

„Wie schon in den Vorjahren handelt es sich bei den Produkten hauptsächlich um Potenzpillen, Diätpräparate und Schönheitsmittel", so Peter Herold vom Zollamt Klagenfurt Villach. „Wir haben es hier mit organisierter Kriminalität zu tun, die das Internet als ihren Hauptvertriebsweg gewählt hat", sagt Alexander Hönel, Leiter der Ages-Medizinmarktüberwachung. Die Unkontrollierbarkeit der virtuellen Verkaufswelt stellt das größte Problem dar. „Ohne das Mitwirken von aufgeklärten und verantwortungsbewussten Bürgern stehen wir auf verlorenem Posten", so Hönel.

Blauäugige Konsumenten

Der Konsument scheint dem Medium Internet dennoch großes Vertrauen entgegenzubringen. Das sagt zumindest eine Untersuchung des weltweit größten Pharmaherstellers Pfizer. Im Rahmen der Studie, an der 14.000 Europäer (darunter 1.000 Österreicher) teilgenommen haben, gaben 17 Prozent der Österreicher an, dass sie verschreibungspflichtige Medikamente über das Internet bestellen würden, sechs Prozent davon antworten auf sogenannte Spam-Mails. Als Grund für den Online-Einkauf wurden Bequemlichkeit und Anonymität genannt, auch der meist günstigere Preis spielt eine entscheidende Rolle. „Es ist zwar ein großes Risikobewusstsein zu beobachten, dennoch würden 20 Prozent der Befragten ein Produkt

„Da in Österreich der Internetversand verboten ist, sind wir von Fälschungen weniger betroffen."

Heinrich Burggasser, Apothekerkammer

Österr. Apothekerkammer

„Ohne Mitwirken aufgeklärter Bürger stehen wir auf verlorenem Posten."

Alexander Hönel, Ages Pharmmed

Ages Pharmmed

„Ein überschaubarer Markt macht es Fälschern schwer, in die offizielle Vertriebskette einzudringen."

Jan Oliver Huber, Pharmig

sticklerfotografie.at

auch dann noch kaufen, wenn sie wüssten, dass es gefälscht sein könnte", so Robin Rumler, Geschäftsführer von Pfizer Österreich und seit kurzem Präsident des Interessensverbandes Pharmig. Pfizer ist von den Pillenfälschern besonders betroffen, schließlich gilt das hauseigene Potenzmittel Viagra unter den Medikamentenbetrügern als Alltime-Favorite. Wie viele aus eigener Erfahrung wissen, wird mit unzähligen Spam-Mails tagtäglich versucht, die gefälschte Lustpille an den Mann zu bringen.

Verstärkte Aufklärung und Kontrolle

Ages-Leiter Marcus Müllner betont, dass sich Konsumenten schwer tun würden, das Risiko abzuschätzen, das mit einem Internetkauf verbunden ist: „Die fehlenden Inhaltsstoffe, Verunreinigungen und falsche Dosierungen können schwere Nebenwirkungen verursachen und sogar zum Tod führen." Um das Bewusstsein in der Bevölkerung zu steigern, setzt man deshalb nun verstärkt auf Information. Unter dem Motto „Gemeinsam gegen Arzneimittelfälschungen" will man zusammen mit dem Gesundheitsministerium über die Gefahren, die vom Arzneimittelkauf im Internet ausgehen können, aufgeklären. An einem Infotag im April präsentierten Polizei, Zoll, Pharmaindustrie und Apotheker ihre Maßnahmen. Ein neues Risikoerkennungstool auf der Website des Bundesamts für Sicherheit im Gesundheitswesen (Basg) stand dabei im Vordergrund. Neben Infos über gefälschte Medikamente kann man dort einen sogenannten Risikodetektor abrufen. Das ist ein Fragebogen, der dem Endverbraucher helfen soll, die Gefahr eines erworbenen Produktes richtig einzuschätzen.

Eine eigene Schwerpunktaktion startete die Exekutive Ende des vergangenen Jahres unter dem Namen „Pangea": Interpol, Polizei, Zoll und Arzneimittelbehörden aus 25 Staaten arbeiteten zusammen, um Websites ausfindig zu machen, über die Fälschungen vertrieben werden. Insgesamt konnte man 1.200 verdächtige Websites identifizieren, 2.356 Pakete mit verbotenem oder gefälschtem Inhalt wurden beschlagnahmt und 59 verdächtige Personen ausfindig gemacht.

Gesundheitsminister Alois Stöger schickte außerdem Ende April das neue Arzneiwareneinfuhrgesetz in Begutachtung. Dieses sieht vor, dass im Basg zukünftig alle nach Österreich eingeführten Medikamente gemeldet und bewilligt werden müssen.

Das Sicherheitsnetz

Der österreichische Medikamentenmarkt gilt schon jetzt als relativ sicher. Zumindest sind laut Ages bisher keine Fälle bekannt, in denen gefälschte Produkte in den legalen Verkauf der Apotheken gelangt wären. Als Grund dafür gilt das enge Netzwerk aus Herstellern, Vertrieben, Großhändlern und Apotheken, das einer strengen behördlichen Kontrolle unterliegt. „Ein überschaubarer Markt wie Österreich macht es potenziellen Fälschern extrem schwer, in die offizielle Vertriebskette einzudringen", erklärt

DATEN UND FAKTEN

Arzneiplagiate in Zahlen

- 10 Milliarden Euro wurden 2009 allein in Westeuropa mit illegalen Medikamenten umgesetzt. Weltweit rechnet man heuer mit einem Volumen von 75 Milliarden US-Dollar.
- Rund 70 Prozent der bekannten Fälle entfallen auf Länder ohne Arzneimittelkontrolle (Entwicklungsländer).
- Rund 34 Millionen gefälschte Medikamente wurden 2009 innerhalb von zwei Monaten an den europäischen Grenzen beschlagnahmt.
- 75 Prozent der im Vorjahr vom österreichischen Arzneimittellabor untersuchten illegalen Arzneimittel stellten ein Gesundheitsrisiko dar.
- Mehr als 95 Prozent der im Internet vertriebenen Medikamente sind Fälschungen oder Substandard.

Pharmig-Generalsekretär Jan Oliver Huber.

Um Arzneimittel fälschungssicher zu machen, betreibt die Pharmaindustrie großen Aufwand: Von Hologrammen, fluoriszierenden Pigmeten bis hin zu DNA-Etiketten – die Verpackungen sind mittlerweile fast schon so ausgerüstet wie Geldscheine. Angaben über Wirkstoffstärke, Dosierung, Chargennummer und Zulassungsinhaber und eine beiliegende Gebrauchsinfo sind überdies Indikatoren für Originalware. „Derzeit sind Nachbauten oft sehr plump gemacht und an falsch geschriebenen Firmen- oder Produktnamen zu erkennen“, sagt Martin Steinhart, medizinischer Direktor bei Roche Austria.

„Österreich ist von der internationalen Fälschungswelle deutlich weniger betroffen als viele andere Länder, weil der Internetversand von Medikamenten nicht erlaubt ist“, sagt Heinrich Burggasser, Präsident der Apothekerkammer. Trotzdem steigt im Pharmabereich die Nachfrage der Patienten, Produkte bequem von zu Hause aus zu bestellen. Experten glauben allerdings nicht, dass ein Eingehen auf dieses Kundenbedürfnis und eine Lockerung der Vertriebsbestimmungen das Problem der illegalen Online-Käufe entschärfen wird. Alexander Hönel von der Ages: „Als in England die Internet-Apotheke legalisiert wurde, sind nach kurzer Zeit in deren Schatten illegale Apotheken aufgetaucht, die der Konsument nicht mehr von legalen unterscheiden konnte.“

Internationale Zusammenarbeit

Experten erwarten, dass der weltweite Umsatz aus gefälschten Arzneimitteln heuer bei 75 Milliarden US-Dollar liegen wird. Vor allem in Länder ohne Arzneimittelüberwachung ist die Verbreitung der Fälschungen enorm. In Nigeria liegt der Anteil von unechten Medikamenten z. B. bei 80 Prozent. Diese alarmierenden Zahlen ließ die WHO 2006 die International Medical Products Anti-Counterfeiting Taskforce (Impact) gründen. Ziel der Einheit ist es u. a., internationale Kooperationen zwischen Ländern und Vertriebspartnern zu fördern, Wissensaustausch zu erleichtern und maßgeschneiderte nationale Strategien zu fördern.

Sogenannte Local Anti-Counterfeit Manager stehen dabei in ständigem Kontakt mit Kollegen aus anderen Ländern, der Zentrale, aber auch mit nationalen Behörden. Auch auf EU-Ebene arbeitet man bereits an Sicherheitsmerkmalen: Damit wollen die Beamten dann den Weg jeder Packung vom Hersteller zum Apotheker rückverfolgen können. Annette Merten von Bayer Austria: „Da tut sich gerade sehr viel. Man erwartet, dass das Europäische Parlament noch 2010 darüber abstimmt.“

WISSEN

Medikamentenkontrolle in Österreich

Die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (Ages Pharmmed) wurde 2006 gegründet. Sie ist mit der Überprüfung der Arzneimittelqualität nach der Markteinführung und fallweise vor der Zulassung betraut. Die Untersuchung von verdächtigen, illegalen Medikamenten fällt in den Aufgabenbereich des Arzneimittelkontrolllabors (Omcl), die Medizinmarktüberwachung ist für die Untersuchung von Verdachtsfällen verantwortlich. Die Ages ist mit dem Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (Basg) organisatorisch eng verbunden und stellt Dienstleistungen, Personal und Gebäude zur Verfügung.

Lösung für viele Krankheiten

Roche entwickelt und produziert hochwirksame Medikamente und Diagnoseverfahren für Krankheiten wie Krebs, Hepatitis, Diabetes oder rheumatoide Arthritis.
Unsere Innovationen helfen Millionen Menschen, indem sie Leid lindern und Lebensqualität verbessern.
Wir geben Hoffnung.

Roche

Text
Andrea Krieger

„Jammern auf hohem Niveau“

2008 war ein Rekordjahr für den Tiergarten Schönbrunn: 2,5 Millionen kamen auf Besuch. Aber: Auch an den Liebkindern unter den ausgegliederten Unternehmen geht die Finanzkrise nicht spurlos vorüber. Geschäftsführerin Dagmar Schratter erzählt von den Vor- und Nachteilen exotischer Tierbabys und glaubt, dass schwarze Zahlen in ihrer Einrichtung eine Ausnahme bleiben.

Tiergarten Schönbrunn/Norbert Potensky

Der Tiergarten Schönbrunn muss sich nach der Decke strecken.

AUSGEGLIEDERT IN DIE ZUKUNFT

REPUBLIK widmet den aus Bund, Ländern und Gemeinden ausgegliederten Unternehmen eine eigene Serie, die einen Einblick in Geschäftsgebaren, Erfolg und nicht zuletzt den Umgang mit der Wirtschaftskrise gewähren soll.

Das Trompeten der Elefanten, die Morgengesänge der Gibbons und das Heulkonzert der Wölfe, das immer beim Glockenschlag der Hietzinger Kirche einsetzt – Tiergarten-Chefin Dagmar Schratter hat wohl das Büro mit der aufregendsten Geräuschkulisse Österreichs.

Von der Wirtschaftskrise bekommen die Bewohner des ältesten Zoos der Welt nichts mit, sehr wohl aber die Tiergartenleitung – Besucherzahlen über zwei Millionen hin, blendender Ruf her. „Wir merken die ökonomische Lage weniger am Andrang als an den Großsponsoren“, sagt die Zoologin. Viele Firmen setzen derzeit aus, andere schließen Verträge nur mehr für ein Jahr ab. Den Sparstift der Öffentlichen Hand spürt sie bei Bauprojekten, für die das Wirtschaftsministerium aufkommt. „Wir können zwar alle laufenden Projekte weiterbauen, neue sind derzeit aber eingefroren. Giraffen und Eisbären müssen also noch auf modernere Anlagen warten. Und den Umbau des historischen Affenhauses finanzieren wir zum Teil selber.“

Da kommen Mehreinnahmen durch eine ordentliche Erhöhung der Eintrittspreise gerade recht: Seit 2009 zahlt ein Erwachsener 14 statt 12 Euro. „Immerhin sind die Preise sechs Jahre lang gleich geblieben“, rechtfertigt Schratter diesen

Anstieg und verweist auf die allgemeine Teuerung. „Außerdem bekommt der Besucher mehr denn je geboten.“ Schließlich hätten sich auch die Betriebskosten durch die neuen Attraktionen stark erhöht. „Ein Regenwaldhaus kommt nun einmal teurer als die Bärenfamilie, die sich vorher dort befand.“ Dass die teureren Tickets Besucher verscheuchen und am Rückgang von 40.000 Personen im Jahr 2009 schuld ist, glaubt Schratter nicht. „Das Wetter spielt hier eine größere Rolle: Ein Zoo ist nun einmal eher ein Schönwetterprogramm. Und solange wir über zwei Millionen Besucher haben, jammern wir ohnehin auf hohem Niveau.“

Unwägbarkeiten

Gegen das Wetter ist Schratter ebenso machtlos wie gegen die zweite Einflussgröße der Besucherzahl: die Jungtiere. Es dürfte kein Zufall sein, dass es im Rekordjahr 2008, als 2,5 Millionen Besucher kamen, gleichzeitig Nachwuchs bei den Pandas, Eisbären, Tigern und Robben gab. Damit kann die aktuelle Brut der Erdmännchen, Kattas, Gibbons und Bisons natürlich nicht mithalten. Was wann zu züchten ist, entscheidet aber nicht die Tiergarten-Chefin. „Bei den gefährdeten Tierarten bestimmt das ein internationaler Zuchtkoordinator.“ Und bis der grünes Licht gibt, bekommt manches Weibchen notfalls auch die „Pille“ verabreicht. Die Pandadame ist jedenfalls nicht dabei. „Wir sind guter Hoffnung, dass sie schon wieder guter Hoffnung ist“, sagt Schratter. Wobei ein Pandajunges zwar viele Besucher anlockt, aber auch teuer kommt. Denn die Bambusliebhaber sind meist nur geliehen und der Zoo zahlt hohe Artenschutzbeträge für sie – auch bei etwaigem Nachwuchs.

Neue Lockmittel

Um von exotischen Tierbabys etwas unabhängiger zu werden, setzt man etwa auf den Naturerlebnispfad: Ein Erlebniswanderweg führt teilweise durch die Baumkronen und lockt mit vom Aussterben bedrohten Haustierarten und Aquarien mit heimischen Fischen. Der zweite große Hoffnungsträger ist die Südamerikaanlage, die im Juni eröffnet wird. Dort sollen Ameisenbär, Wasserschwein, Tapir und Co. in einer Art Wohngemeinschaft zusammenleben.

Weitere Umsiedlungsaktionen sind ebenfalls geplant. „In unseren historischen Häusern haben wir nun einmal wenig Platz, aber man kann sich bei der Wahl der Tiere danach richten“, sagt Hermann Fast, im Tierpark zuständig für Projektentwicklung, Planung und Bau. Das kommt auch beim alten Affenhaus zum Tragen. Die Orang-Utans waren zu groß dafür und wurden bereits übersiedelt. Nach der Renovierung werden kleinere Affen darin wohnen.

Eine neue Geschäftsidee sind die „Förderer-Steine“: Für 160 Euro kann man seinen Namen in Stein verewigen lassen. Extrageld kommt auch durch Angebote wie Workshops gegen Spinnenangst oder Kinderüberraschungspartys in die Kassa. Der Erlös kommt dann überwiegend Artenschutzprojekten zugute.

Wie man merkt: Wenn es darum geht, zusätzliche Einnahmen zu lukrieren, ist Schratter äußerst erfinderisch. Dennoch glaubt sie, dass schwarze Zahlen, wie sie das Unternehmen dreimal schrieb, die Ausnahme bleiben. „Ein Tiergarten ist im Grunde ein Zuschussbetrieb, genauso wie jede andere kulturelle Einrichtung“, so Schratter.

Expertise

Renate Meyer von Institut für Public Management der WU Wien nennt den Wiener Zoo „auf jeden Fall eines der erfolgreicheren Ausgliederungsbeispiele. Das sieht man dem Tiergarten einfach an. Sowohl die Besucher als auch die Tiere merken den Unterschied.“ Eines bemängelt sie allerdings: „Auf dem Internetportal fehlt der Geschäftsbericht. Hier würde ich mir mehr Transparenz wünschen.“ „Wir sind leider im Verzug und arbeiten immer noch am Jahresbericht 2008 und 2009“, sagt Schratter. Sobald der fertig sei, so verspricht sie, komme er sofort auf das – erst kürzlich modernisierte – Internetportal zoovienna.at.

„Wir dürfen die laufenden Projekte fertig bauen, weitere sind aber auf Eis gelegt.“

Dagmar Schratter,
Tiergarten Schönbrunn

Daniel Zupanc

WISSEN

Tiergarten Schönbrunn

Der 1752 gegründete Tiergarten Schönbrunn wurde 1991 ausgegliedert. Im Anschluss gelang es Helmut Pechlaner durch zahlreiche Innovationen, größere Gehege und viel Öffentlichkeitsarbeit, den ältesten Zoo der Welt zu einem der modernsten und beliebtesten europaweit zu machen: Es stiegen nicht nur die Besucherzahlen von 700.000 auf über 2,2 Millionen, auch das Image in Sachen Tierhaltung verbesserte sich massiv. Pechlaners Nachfolgerin, die Zoologin Dagmar Schratter, setzt seine Arbeit fort und schafft 2008 sogar einen neuen Rekord mit 2,5 Mio. Besuchern.

Dreimal gelang es dem Zoo bereits, schwarze Zahlen zu schreiben, zuletzt 2007, allerdings nur durch entsprechende Spenden und Erbschaften. Die Überschüsse müssen zudem wieder investiert werden. In weniger guten Jahren bringt man es auf eine Selbstkostendeckung zwischen 85 und 95 Prozent, den Rest schießt das Wirtschaftsministerium zu – durchschnittlich 1,5 Mio. Euro pro Jahr. Extrageld steht zweckgewidmet für größere Bauprojekte zur Verfügung und variiert stark. Selbst erwirtschaftet wurden zuletzt 15,8 Mio. Davon geht etwas weniger als die Hälfte für die 150 Mitarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) und ebenso viel für den Sachaufwand und Betrieb auf. Ein Prozent der Eintrittserlöse macht die Pacht für Grund und Boden an die Republik aus.

Der Zoo profitiert stark von Spenden, Erbschaften und Patenschaften, die seit 1991 schon stolze 24 Millionen Euro ergaben. Zum Vergleich: Die Öffentliche Hand, genau gesagt das Wirtschaftsministerium, half in dieser Zeit mit 26 Millionen.

Text
Lukas Wiesboeck

Staat auf Draht

Unter der Rufnummer 115 können Deutsche seit einem Jahr alle Einrichtungen der Öffentlichen Hand anrufen. Konnte sich die einheitliche Behördenrufnummer durchsetzen? REPUBLIK hat nachgefragt, ob in Österreich Ähnliches in Planung ist.

Photos.com

„Eine einheitliche Rufnummer bedeutet für alle Verwaltungsebenen hohe Investitionen."

Roland Ledinger, BKA

Hat ein Berliner eine Frage zur Wohnbauförderung, überlegt er nicht lange, wo er die Antwort bekommt. Ihn interessiert auch nicht, ob die zuständige Stelle in der Stadt-, Landes- oder Bundesverwaltung angesiedelt ist. Mithilfe der Nummer 115 kann er nämlich mit allen Verwaltungsebenen gleichzeitig kommunizieren. Zumindest von Montag bis Freitag zwischen 8:00 und 18:00 Uhr. 13 Millionen Menschen können in mehreren Regionen in Deutschland das Service seit einem Jahr nutzen – darunter Berlin, Hamburg, Hessen und weite Teile von Nordrhein-Westfalen.

Mehr Effizienz, geringe Bekanntheit

Die Zwischenbilanz des Pilotprojekts, das 2013 auf die ganze Bundesrepublik ausgedehnt werden soll, ist beachtlich: Mehr als die Hälfte der Anrufe können schon beim ersten Kontakt geklärt werden. Kommunen berichten von Effizienzsteigerungen und Einsparungen. Allerdings sind der Bekanntheitsgrad der Nummer und die tatsächliche Nutzung unter den Erwartungen geblieben. Und das Service ist kostenpflichtig: Anrufe aus Mobilfunknetzen kosten zwischen 17 und 39 Cent pro Minute.

In Österreich gibt es ein ähnliches Projekt schon seit einiger Zeit, allerdings nur auf Länderebene. Kärnten hat 2002 als erstes Bundesland die einheitliche Rufnummer 050536 eingeführt. „Daran sind das Amt der Landesregierung und die acht Bezirkshauptmannschaften angeschlossen", sagt Siegfried Wiggisser, Leiter der

Servicestelle in Kärnten. Die Anrufer werden – ausgehend von ihrem Standort – automatisch zur nächsten Verwaltungsbehörde geleitet.

Bestehendes besser vernetzen

Bundesweit wurde ein vergleichbares Projekt zwar andiskutiert, aber wegen fehlender realistischer Einsparungspotenziale vorerst verworfen. „Auf den ersten Blick ist der Charme des Modells groß. Eine einheitliche Rufnummer für alle drei Verwaltungsebenen bedeutet aber zunächst hohe Erstinvestitionen und großen organisatorischen Aufwand für die Wissensbündelung“, sagt Roland Ledinger, Leiter des Bereichs IKT-Strategie im Bundeskanzleramt (BKA). Statt einer einheitlichen Nummer verfolgt man den Ansatz, die bestehenden Spezialnummern untereinander besser zu vernetzen und die Systeme zu modernisieren.

„Unser Ziel ist die Schaffung einer gemeinsamen Telefon-Infrastruktur auf Basis von Voice over IP“, sagt Ledinger. Voice over IP ist eine Technik, um Telefongespräche im Internet abzuwickeln. 11.000 Klappen wurden bereits zusammengeschlossen, bis Ende 2010 sollen es 19.000 sein. Statt in einer zentralen Vermittlungsstelle will man Fragen in dezentralen, spezialisierten Kompetenzzentren beantworten. „Die gebündelte Vermittlung alleine bringt nichts. Alle komplexen Fragen müssten ja erst wieder an eine kompetente Stelle weiterverbunden werden.“

HINTERGRUND

Was ist VoIP?

Voice over Internet Protocol (kurz: Voice over IP oder VoIP) ist eine Übertragungstechnik für Sprache über Datennetzwerke.

Die Vorteile von VoIP sind geringe Betriebskosten und flexible Einsetzbarkeit, etwa bei Konferenzschaltungen.

Die Nachteile: Mögliche Engpässe bei der Bandbreite der Verbindung, instabile Sprachqualität, fehlende IT-Sicherheit. Einer der bekanntesten VoIP-Dienste ist Skype.

TECHNISCHES BÜRO ING. BERNHARD HAMMER GMBH

ODÖRFER

präsentieren den

energytalk

Zukunft mit Energie

Die Veranstaltungsreihe rund um die Themen Umwelt, Energie & Versorgung!

„Erneuerbare Energie: Siegeszug in moderner Gebäudetechnik“

24. Juni 2010, 18:30 Uhr
Orangerie Schönbrunn

Folgende energytalk Fachvorträge erwarten Sie:

- Gebäudeintegrierte Photovoltaik in der heutigen Architektur
- Solarenergie & Wärmepumpe: Kombination der Zukunft
- Erneuerbare Energie im städtischen Wohnbau
- Energieautarke Gemeinden: Vision oder Realität?

Medienpartner:

republik

Teilnehmerzahl begrenzt
Anmeldung bis 11. Juni

Anmeldungen und Infos unter:
anmeldung@energytalk.info www.energytalk.info

Text
Gertraud Eibl

Catch me if you can!

Sie fahnden nach Wirtschaftskriminellen und Mördern, nach Suchtgifthändlern und Terroristen. Ihre Arbeit gleicht der Suche nach der Nadel im Heuhaufen. So riskant das Unterfangen von Österreichs Zielfahndern ist, so überwältigend sind ihre Erfolge. REPUBLIK hat einen Blick in die Welt der Männer gewagt, die täglich den „Most Wanted" Österreichs auf der Spur sind.

73 Männer und 8 Frauen hat das mittlerweile fünf Mann starke Team um Helmut Reinmüller seit 2003 ausgeforscht und überwältigt. Darunter die größten Steuerbetrüger Österreichs: Werner Rydl etwa, der sich unter brasilianischen Palmen sicher glaubte und die korrupte Polizei auf seiner Seite hatte. „Ein Schlitzohr sondergleichen", erinnert sich Reinmüller, dem schließlich mit der Bundespolizei Brasiliens die Festnahme Rydls und nach weiteren 4,5 Jahren die Auslieferung gelang.

Der Grundgedanke der Zielfahndung hat einen terroristischen Hintergrund: Der Anschlag bei den Olympischen Spielen im Jahr 1972 in München erforderte eine zielgerichtete Fahndung der Täter. Bald erkannte man, dass die Instrumente der Zielfahndung auch für die kriminalpolizeiliche Arbeit hilfreich sind. 1988 wurde in Deutschland die erste Zielfahndungseinheit gegründet, 2002 begann man mit dem Aufbau des österreichischen Pendants im neu gegründeten Bundeskriminalamt (BK). Von Kollegen aus anderen Abteilungen des BK unterscheiden sich die fünf Zielfahnder, weil sie schwerpunktmäßig international fahnden. „Das heißt, wir suchen mit europäischem oder internationalem Haftbefehl jene Täter, die ins Ausland geflüchtet sind und sich irgendwo unter falschem Namen aufhalten", erklärt Helmut Reinmüller, Leiter der Zielfahndungseinheit.

Kleine Welt

Während ein Zielfahnder früher sämtliche Anfragen über Interpol in andere Staaten schicken musste, sind Recherchen heute binnen weniger Minuten erledigt. Das Internet hat die Arbeit erleichtert, eröffnet aber auch den Tätern neue Möglichkeiten. Außerdem habe sich durch die offenen Grenzen das Fluchtverhalten der Täter geändert. Die internen Datenbanken beurteilt Reinmüller als „sehr gut", doch zwei Drittel der benötigten Infos böte immer noch das Internet. Eines weiß Reinmüller aus Erfahrung: „Früher war es für den Täter einfacher: Je weiter weg er geflohen ist, desto schwerer war er auch aufzuspüren", so der Beamte.

Wettlauf mit der Zeit

Als Paradebeispiel einer Zielfahndung bezeichnet Reinmüller den Fall der Wirtschaftskriminellen Dietmar Böhmer und Harald Loidl. Diese Betrüger haben es geschafft, 16.000 Personen um insgesamt 150.000 Euro zu schädigen. Als vermeintliche Topfinanzmanager warben die beiden mit Investitionen in Aktien und Immobilien. In Wirklichkeit haben sie das Geld in die eigene Tasche gewirtschaftet und auf Konten nach Liechtenstein, in die Schweiz und in die USA transferiert. Gebrieft von ihren Rechtsanwälten konnten sich die beiden auf der venezolanischen Insel Margarita absetzen. Wohl wissend, dass sich die dortigen Behörden mit Geld bestechen lassen und eine Auslieferung nur selten funktioniert. „Von da an war es ein Wettlauf mit der Zeit", erinnert sich Reinmüller. Denn im BK wusste man, dass die Betrüger Aktionen setzen könnten, die eine Auslieferung nach Festnahme zusätzlich erschweren würde: „Täter erschwindeln sich die Staatsbürgerschaft, gehen eine Scheinehe ein, und

STATISTIK ZIELFAHNDUNG

Festnahmen seit 01.01.2003

73 Männer
8 Frauen

33 Schwerbetrüger
15 Mörder
10 Räuber
6 Suchtgifthändler
4 geflohene Strafgefangene
1 Terrorist
Sonstige

38 in Österreich
32 in Europa (Spanien, Deutschland, Ungarn, Schweiz, Italien, Slowakei, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Niederlande, Frankreich, Ukraine, England, Polen, Kosovo, russische Föderation)
4 in den USA
4 in Südamerika
1 in Kanada
1 im Irak

Photos.com

manche lassen sich sogar adoptieren oder schwängern eine Frau – weil der soziale Aspekt eine Abschiebung quasi unmöglich macht“, sagt der Zielfahndungschef. Eine ausgesprochen gute Kooperation aller international Beteiligten habe in diesem Fall innerhalb von drei Tagen einen nationalen Haftbefehl und die Zusicherung der Auslieferung erwirkt.

Zielfahndungsfälle werden übrigens grundsätzlich von Zielfahndern abgeholt. Das hat mehrere Gründe: „Zum einen wollen wir diese Menschen kennenlernen. Wir wollen uns mit ihnen über ihren Fall und das Fluchtverhalten unterhalten und daraus lernen. Die meisten Menschen sind bei der Heimreise sehr kooperativ“, schildert Reinmüller. Mit einer speziellen Methodik der systematisierten Fahndung hat sein Team bereits viele Menschen durchleuchtet und Puzzleteile von der Geburt eines Menschen bis zur Flucht erfolgreich zusammengebaut. Mit dem Ziel, in jedem EU-Mitgliedstaat eine eigene Zielfahndungseinheit zu haben, hilft Reinmüller beim Aufbau neuer Organisationen. Ein funktionierendes Netz verspreche einen Anstieg der Fahndungserfolge. „Derzeit sind wir eine kleine Familie“, so der Zielfahnder.

INTERVIEW

„Eine neue Identität ist unter Kriminellen zur Handelsware geworden“

Rudolf Unterköfler leitet das Büro für Wirtschafts- und Finanzermittlung im Bundeskriminalamt. Je nach Fall arbeiten Zielfahnder eng mit ihm zusammen. REPUBLIK sprach mit ihm über den Anstieg von Wirtschaftsdelikten, den finanziellen Schaden und Täterprofile von Zielpersonen.

Gab es in den vergangenen Jahren einen Anstieg bestimmter krimineller Delikte?
Ja, durch die Finanzkrise sind die Wirtschaftsdelikte massiv gestiegen. Auch in Österreich sind einige Unternehmen im Finanzsektor in Schieflage geraten, die jetzt Gegenstand polizeilicher Ermittlungen sind. Für uns ist das ressourcenfressend, weil wir es mit international weit verzweigten Unternehmen zu tun haben und jetzt sehr große Datenmengen sichten und ausarbeiten müssen.

Wie würden Sie die Täter charakterisieren, denen Sie auf der Spur sind?
Unsere Täter sind in der Regel keine Gewalttäter, in erster Linie sind es Betrüger. In den vorigen Jahren hat sich allerdings gezeigt, dass einige Betrüger auch vor Gewalt nicht zurückschrecken. Betrug ist immer ein Selbstschädigungsdelikt. Ein Betrüger macht alles, um das Vertrauen seiner Opfer zu gewinnen und an deren Geld heranzukommen. Er bedient sich dann oft weit verzweigter Firmenstrukturen, um die Gelder, die er aus kriminellen Handlungen gewinnt, wieder in den Wirtschaftskreislauf einzuschleusen.

Welcher finanzielle Schaden entsteht durch solche Tätergruppen?
Der Schaden ist immens. Die Zahlen, die in der Öffentlichkeit kursieren, sind sehr unterschiedlich. Es gibt Zahlen, die allein im Korruptionsbereich und auch im Geldwäschebereich von je bis zu 25 Mrd. Euro ausgehen. Im Sozialbereich wird von bis zu fünf Mrd. Euro gesprochen. Da es eine einheitliche Definition von Wirtschafts- und Finanzkriminalität nicht gibt, ist es schwierig, einen konkreten Schaden zu benennen. Jedenfalls kann von einem jährlichen volkswirtschaftlichen Schaden in einem zweistelligen Milliardenbetrag ausgegangen werden.

Welche Gemeinsamkeiten haben Täter, die sich unter falschem Namen ins Ausland absetzen?
Die Triebfeder jedes Kriminellen ist Geld. Wenn er sein Ziel erreicht und Millionen gesammelt hat, wird er versuchen, sein Geld ins Trockene zu bringen und sich einen ruhigen Lebensabend zu verschaffen. Auch eine neue Identität ist unter Kriminellen zu einer Handelsware geworden. Die Delikte der Zielpersonen werden oft schon mit gefälschter Identität begangen.

Wie sicher oder trügerisch sicher ist so ein Lebensabend auf einem anderen Kontinent?
Die Polizeien sind weltweit vernetzt. Bei schweren Delikten kann man davon ausgehen, dass kein Staat daran interessiert ist, diese Leute zu schützen. Wichtig ist, die entsprechenden Spuren aufzunehmen und diese dann wirklich bis zum Täter nachzuvollziehen. Das ist zwar langwierig, aber mit den Instrumenten, die vorhanden sind, gelingt das immer wieder. Wirtschafts- und Finanzbetrüger pflegen in der Regel einen aufwendigen Lebensstil, sodass sie oft schon nach wenigen Jahren wieder rückfällig werden. Dies erhöht die Chancen der Sicherheitsbehörden, dass sie früher oder später aus dem Verkehr gezogen werden können.

Wie erfolgreich ist das BK bei der Aufdeckung von Offshore-Firmen?
Diese Firmen sind ein Problem, weil sie weltweit verstreut sind. Hier kommt es sehr stark auf die internationale Zusammenarbeit an, und diese ist sehr ressourcen- und zeitaufwendig. Wirtschaftsfälle, die international verzweigt sind, dauern oft Jahre, bis sie abgearbeitet sind.

Beigestellt

„Der Schaden ist immens. Bei der Geldwäsche kann man von + 25 Mrd. Euro ausgehen.“

Text
Lukas Wiesboeck

Der Kunst ihren Pool

Eine Sammlung von rund 80.000 Kunstwerken ist nun in einem Web-Projekt abrufbar. Damit eröffnen sich neue Wege für Schulunterricht, Wissenschaft und Museumsführungen.

Gustav Klimts Werke gelten als Aushängeschilder der Moderne. Um 1900 war er einer der ersten Künstler, die sich von alten Konventionen befreiten und nach neuen Wegen suchten. Passenderweise ist der Name Gustav Klimt auch als Beispiel in der Suchfunktion des „Kulturpools" angegeben. Die Web-Plattform, die Österreichs Kultursammlungen der Allgemeinheit leichter zugänglich machen will, steht ebenfalls für Veränderung. Mit dem Kulturpool, der eine sektionsübergreifende Initiative von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium ist, will man neue Zielgruppen erschließen. „Neben der allgemeinen Förderung des Kulturinteresses sollen Inhalte des Kulturpools auch für den Bildungsbereich über Lernplattformen bereitstehen", sagt Robert Kristöfl, Leiter der IT-Abteilung im Unterrichtsministerium (BMUKK).

Das Vorantreiben von E-Learning im großen Stil ist das Ziel des Vorhabens. Das wird auch klar, wenn man die Vorgeschichte des Kulturpools betrachtet. Das Projekt ist aus dem Bildungspool, der zentralen E-Learning-Plattform des BMUKK, und aus der eFit-Initiative, die u. a. Digitalisierungsprojekte an Museen subventionierte, hervorgegangen. Derzeit testet man die interaktive Kulturvermittlung als Pilotbetrieb in den Fächern politische Bildung und bildnerische Erziehung.

Dürers Feldhase hoppelt nun auch durch den Kulturpool. In der Web-Datenbank ist das berühmte Aquarell gemeinsam mit rund 80.000 weiteren Gemälden abrufbar.

Albertina

Die Funktionsweise vergleicht Kristöfl mit einem Lego-Bausatz: „Viele größere Bausteine sind verfügbar, einzelne können selbst erstellt werden. Wie man sie zusammensetzt, bleibt den Lehrkräften überlassen." So könne etwa mit wenigen Mausklicks in einer Einheit die Werke Klimts aus verschiedenen Museumsbeständen mit jenen seines Zeitgenossen Oskar Kokoschka vergleichen werden. Die einzelnen digitalen Werke verlassen aber niemals die Sammlungen der Kulturinstitutionen, wie Kristöfl klarstellt: „Die Daten werden nur referenziert und nicht kopiert."

Vor allem junge Lehrkräfte sollen den Kulturpool verstärkt als Online-Unterrichtsplattform nutzen. Schon beim hundertsten Todestag Gustav Klimts im Jahr 2018 könnten E-Learning-Instrumente zur Vermittlung seiner Werke dann gar nicht mehr wegzudenken sein.

Das Projekt eröffnet aber noch weitere Möglichkeiten, wie Martin Ure, Internet-Koordinator in der Kultursektion des BMUKK festhält. So könnte man Gemälde durch digitale Audio-Beschreibungen auch sehbehinderten Menschen zugänglich machen. Im Wissenschaftsministerium (BMWF), das den Kulturpool finanziell unterstützt, erhofft man sich wiederum Impulse für die Geistes- und Kulturwissenschaften. Ursula Brustmann aus der zuständigen BMWF-Abteilung: „Für uns ist es spannend, zu beobachten, wie die Scientific Community die Plattform nutzten und mit wissenschaftlicher Expertise anreichern wird."

„Energierevolution“ 2.0

Die Öffentlichkeit kann mithilfe einer Web-2.0-Lösung an der aktuellen Energieforschungsstrategie mitwirken. Die Resultate fließen nun in konkrete Vorschläge. REPUBLIK hat sich das Portal und den Diskussionsprozess genauer angesehen.

„Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Transformation des Energiesystems ist eine konsistente und langfristige Energieforschung, der eine gesellschaftspolitische Vision zugrunde liegt“, so beschreibt Angela Köppl vom WIFO in einem Blogbeitrag auf dem Portal www.energieforschungsstrategie.at die Herausforderung. Experten, Stakeholder und Interessenten wurden Mitte Februar vom Infrastrukturministerium (BMVIT) und dem Rat für Forschung und Technologieentwicklung eingeladen, sich an der Entwicklung der neuen „Energieforschungsstrategie für Österreich“ zu beteiligen. Ort der Debatte war nicht ein Veranstaltungssaal, sondern das Internet. Ein Expertenpapier wurde zur Diskussion gestellt, das konkrete Vorschläge für Maßnahmen im Bereich Forschung, Technologie und Innovation zum Inhalt hat. Klimawandel, Ölknappheit und die Entwicklungen beim Energieverbrauch verlangen nach nichts weniger als einer „Energierevolution“, wie das Expertenpapier postuliert.

Photos.com

Frischer Strom, hausgemacht: Die Förderung erneuerbarer Energiequellen wie die Photovoltaik hat lt. Energiestrategie 2020 hohe Priorität.

Konsultation im Netz

Über 800 qualifizierte Kommentare, knapp 400 neu registrierte User, 70 ausgefüllte Fragebögen und eine Vielzahl an Blogbeiträgen seien laut Hannes Leo das Ergebnis der 5-wöchigen Online-Diskussion gewesen. Der Geschäftsführer des Beratungsunternehmens CBASE entwickelte die Plattform, die schon bei der Forschungsstrategie im vergangenen Jahr eingesetzt wurde. Auch diesmal mündet die Diskussion in konkrete Ergebnisse, auch wenn manchem Teilnehmer die Diskussion zu kurz dauerte. So meinte etwa User Fluxus: „Dieses gewaltige Werk nur für ein paar Wochen offen zu halten, ist starker Tobak.“

Laut Michael Paula, Leiter der BMVIT-Abteilung für Energie- und Umwelttechnologie, ist der Prozess noch nicht abgeschlossen: „Wir wollten die neuen Möglichkeiten des Internets in den Prozess einbetten, um konkrete Rückmeldungen für die Energieforschungsstrategie zu erhalten. Das ist auch gelungen. Es geht darum, Vorschläge auf eine breite Basis zu stellen und dennoch inhaltlich zu fokussieren.“ In einem nächsten Schritt wurde im April – ebenso auf dem Portal – die Frage der Prioritätensetzung einzelner Technologien zur Diskussion gestellt.

Querverbindung

Im Juni will der Rat für Forschung und Technologieentwicklung das überarbeitete Papier beschließen, das sich auch als Empfehlung an die zuständigen Ministerien versteht. Mehrere Querverbindungen hat die Diskussion auch zur „Energiestrategie Österreich“, die zuletzt federführend vom Wirtschafts- und vom Lebensministerium entwickelt wurde. Ob dies tatsächlich eine Energierevolution bewirkt, bleibt offen. Der eine oder andere Baustein ist es zumindest .

„Wir wollen Vorschläge auf eine breite Basis stellen.“

Michael Paula, BMVIT

BMVIT

Grüne Auszeichnung für Gemeinden

Das Lebensministerium, der Gemeindebund und der Stromerzeuger Verbund küren „Österreichs Klimaschutz-Gemeinde 2010“: Kommunen, die auf vorbildliche Weise im Klimaschutz aktiv sind, können ihre Projekte noch bis 13. Juni zur begehrten Auszeichnung vorschlagen. Die Einreichkategorien orientieren sich an der Gemeindegröße (Gemeinden kleiner 1.500 Einwohner, von 1.500 bis 5.000 Einwohner und solche mit mehr als 5.000 Einwohnern bzw. Gemeindeverbände oder Energieregionen). Pro Kategorie werden drei Preisträger gekürt. Die Sieger erhalten eine grün umrandete Ortstafel mit der Aufschrift „Klimaschutz-Gemeinde 2010“ in Originalgröße und 2.000 Euro Preisgeld (die Zweitplatzierten bekommen 1.000 Euro). Allen neun Preisträgern winkt je ein Elektro-Bike.

Gemeinde Gleisdorf

Im Zentrum von Gleisdorf steht dieser mächtige Solarbaum, der mittlerweile als Wahrzeichen der Stadt gilt. Die steirische Gemeinde, die bis 2020 energieautark werden will, durfte im vorigen Jahr den Titel „Österreichs Klimaschutz-Gemeinde“ tragen.

Die Wettbewerbsbeiträge sollen sich mit der Erzeugung und effizienten Nutzung von Strom und Wärme befassen. Es kann sich sowohl um technische Maßnahmen als auch um Projekte zur Bewusstseinsbildung handeln. Auch Projekte, die nicht von der Gemeinde selbst initiiert wurden, aber unter deren Beteiligung stattfinden (wie z. B. Schulprojekte), sind willkommen. Die Einreichung erfolgt über ein praktisches Online-Tool auf www.gemeindebund.at.

Über 100 Klimaschutzprojekte wurden 2009 eingereicht, die Gemeinden Strem (Bgld.), Virgen (Tirol) und Gleisdorf (Stmk.) gingen als Sieger hervor.

INFO

Wettbewerb
„Österreichs Klimaschutz-Gemeinde 2010“
Österreichischer Gemeindebund
Sabrina Neubauer
T (01) 512 14 80–25
E presse@gemeindebund.gv.at
www.gemeindebund.at
Einreichende: 13.6.2010

Zwischen Bürokratie und Leadership

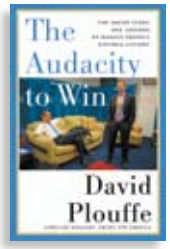
INFO

Margaretha Kopeinig/Wolfgang Petritsch:
„Die europäische Chance. Neustart nach der Krise“
Verlag Kremayr & Scheriau, 192 Seiten, 21,90 Euro

Ist Europa mehr als ein bürokratischer Koloss? Mehr als ein Gerangel um politische Posten? Und wie will die Europäische Union im 21. Jahrhundert Stabilität, Frieden und Wohlstand garantieren? Die beiden Experten Wolfgang Petrisch, Chefdiplomat in der ständigen Vertretung Österreichs in der OECD, und Margaretha Kopeinig, Leiterin des „Kurier“-Europaressorts, haben sich auf die Suche nach Antworten über die Stärken und Schwächen der EU gemacht.

In ihrem flüssig geschriebenen Buch „Die europäische Chance“ umreißen sie den langen Weg der europäischen Integration, beschreiben die wichtigsten Akteure der vergangenen Jahre und gehen auf aktuelle Herausforderungen – vom Klimawandel über Migration bis hin zum modernen Sozialstaat – ein.

Der Mann hinter Obama



INFO

David Plouffe:
„The Audacity to Win. The Inside Story and Lessons of Barack Obama's Historic Victory“
Viking, 390 Seiten,18,95 Euro

David Plouffe ist der einzige Mitarbeiter, den Obama in seiner Siegesrede namentlich nannte. Das Mastermind von Obamas Wahlkampfstrategie hat nun ein Buch über die Zeit seines größten Triumphes geschrieben.

In „The Audacity to Win“ (dt. „Die Verwegenheit zu gewinnen“) beschreibt er die faszinierende Wahlkampagne. Gelegentlich mit recht technischen Details, aber dafür mit manch erhellenden Einblicken in Obamas Persönlichkeit. Dieser soll z. B. nach einigen Monaten Wahlkampagne sehr antriebslos gewesen sein und fand erst im Laufe der Zeit wieder zu seiner Form zurück.

Im Gegensatz zu seinen Kollegen gönnte sich Pouffle eine einjährige Auszeit, um bei der Geburt seines zweiten Kindes dabei zu sein und besagtes Buch zu schreiben, und ist erst kürzlich ins Weiße Haus eingezogen.

Wie man die Finanzkrise überwindet

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzprognosen fällt es immer mehr Städten und Gemeinden schwer, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Das Seminar „Arbeits- und Produktkritik“ des KDZ – Zentrums für Verwaltungsforschung will am 10. und 11. Juni in Salzburg Amtsleitern, Mitarbeitern der Finanzverwaltungen und aus dem Bereich Controlling praktische Hilfsmittel zur Überwindung der Finanzlücke geben.

Photos.com

Zentrale Ansatzpunkte sind eine kritische Analyse der eigenen Aufgaben hinsichtlich der Notwendigkeit (z. B. der Bezug zu kommunalen Strategien) und deren Beitrag zur Erreichung wichtiger Gemeindeziele. Programmschwerpunkte sind z. B. Grundlagen der Aufgabenanalyse, Produktkritik und generelle Ansätze der Haushaltskonsolidierung: von klassischen Sparstrategien bis hin zu weitreichenden Maßnahmen der Neugestaltung von Organisationsstrukturen und Verwaltungsabläufen.

Außerdem stellen die beiden KDZ-Vortragenden Alexander Haimer und Klaus Wirth Methoden der Aufgabenanalyse und der Produktkritik vor, wie z. B. die ABC-Analyse oder die Portfoliotechnik zur mehrdimensionalen Wirkungsbeurteilung.

INFO

Seminar „Arbeits- und Produktkritik“
Termin: 10./11. 6. 2010 (1,5 Tage)
Ort: Hotel Mercure Salzburg Kapuzinerberg, Salzburg
Anmeldung: KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung
Eva Wiesinger
T (01) 892 34 92-16
E institut@kdz.or.at
www.kdz.or.at

Rampenlicht für E-Government-Projekte

Der „Ebiz E-Government Award“ geht in die fünfte Runde. Auch 2010 wird der Preis vom Bundeskanzleramt, der Plattform Digitales Österreich und dem Report-Verlag ausgelobt. Eine Kategorisierung findet nicht inhaltlich, sondern geografisch statt: Der Award wird in jedem Bundesland ausgeschrieben. Spezielle IKT-Lösungen, die für den öffentlichen Sektor erdacht wurden, sollen so vor den Vorhang gestellt werden. Einreichungen können noch bis 30. Juni 2010 erfolgen. Die Einreichunterlagen sind der Awardredaktion per E-Mail oder in einer anderen digitalen Form zu übermitteln (Details s. Infokasten).

Bundessieger wurde im vorigen Jahr das Verkehrsinfo-System „Qando“ der Wiener Linien und des Verkehrsverbundes Ost: Mit der Handysoftware der Firma Fluidtime kann man z. B. in Echtzeit abrufen, wann die Straßenbahn oder der Bus ankommt und Tickets per SMS kaufen. Auf Platz 2 folgte die mobile Gesundheitssoftware „myVitale“ von Massive Art. Auf Platz 3 landete das Institut für Wirtschaftsinformation der Johannes Kepler Universität mit dem Projekt „Smart Information Campus“.

INFO

Ebiz E-Government Award
Anmeldung: Martin Szelgrad
T (0676) 898 299 208
E szelgrad@report.at
www.report.at/award
Teilnahmeschluss: 30. Juni 2010

Bühne frei für Erwachsenenbildner 2010

Und noch eine Auszeichnung: Das Unterrichtsministerium schreibt erneut den Staatspreis für Erwachsenenbildung aus. Einreichungen sind im Jahr 2010 in vier Kategorien möglich: Die Kategorie „ErwachsenenbildnerIn“ adressiert herausragende Persönlichkeiten aus der Community (z. B. Kursleiter, Trainer, Projektleiter). Mithilfe der Kategorie „Innovation“ sollen wegweisende Bildungsangebote, Konzepte, Initiativen und Projekte für Erwachsene gewürdigt werden. Vor dem Hintergrund des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ wurde als Thema „Integration durch Bildung“ als diesjährige Schwerpunktkategorie gewählt. Mit dieser Kategorie will man Projekte auszeichnen, die sich an Personen wenden, die von sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung betroffen sind. Herausragende wissenschaftliche Arbeiten und Studien stehen letztlich in der Wissenschaftskategorie im Mittelpunkt.

Einreichungen sind auf www.erwachsenenbildung.at noch bis 9. Juni 2010 möglich. Eine Expertenjury ermittelt dann die Nominierungen in jeder Kategorie. Die Allgemeinheit erhält ebenfalls eine gewichtige Stimme: Bei einem Online-Publikumsvoting im Herbst kann jeder die Sieger mitbestimmen.

INFO

Österreichischer Staatspreis für Erwachsenenbildung
Anmeldung: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
Doris Wyskitensky
T (01) 53 120-2511
E staatspreis_eb@bmukk.gv.at
www.erwachsenenbildung.at/staatspreis
Teilnahmeschluss: 9. Juni 2010

Text
Gudrun Haigermoser

Fotos
Hersteller

Der nächste Winter kommt bestimmt!

Im Wonnemonat Mai möchte man den Winter eigentlich gerne vergessen. Gerade das können sich die Verantwortlichen für die Straßenräumung aber nicht leisten. Denn jetzt ist genau die richtige Zeit, an die Anschaffung eines Fahrzeuges für den Winterdienst oder an dessen Aufrüstung zu denken.

VIELSEITIGE RÄUMER

Die Bandbreite im Bereich der Winterdienstgeräte ist groß. Sie reicht von der Schneeräumung von Gehsteigen über den sensiblen Bereich der Räumung innerhalb verbauter Flächen bis hin zur Freilandräumung. Auch muss der Schnee verladen und Randwälle beseitigt werden. Diesen Aufgaben stellt sich Kahlbacher mit Produkten, die an das Trägerfahrzeug angepasst werden: Durch mehrscharige, sprich: in mehrere Teile zergliederte Pflugaufsätze, wird der Schnee auch in schwierigem Gelände bewegt. Mit diesen flexiblen Scharen gelingt ein weiter Auswurf des Schnees ins Gelände (s. Abbildung). Die weitere Produktpalette reicht vom Schmalspur- bis zum Autobahn-Schneepflug, von der kleinen Frässchleuder für Gehsteige bis zur schweren Schleuder für unwegsames Gebiet.

www.kahlbacher.com

KAMPF DEM FEINSTAUB

Der Einsatz von Winterdienstgeräten muss im Frühjahr nicht aufhören. Dies beweist das Magistrat Klagenfurt im Zuge eines EU-Projektes zur Feinstaubreduktion gemeinsam mit Springer Kommunaltechnik: Ein biologisch abbaubarer CMA-Klebstoff (Calzium-Magnesium-Acetat) bindet den Staub, der am Boden liegt. Das verhindert ein Aufwirbeln durch darüber fahrende Fahrzeuge. Regen spült das Gemisch schließlich in die Kanalisation. Ein Streuaufsatz aus dem Klagenfurter Fuhrpark wurde für die ganzjährige CMA-Streuung umgebaut. Im Winter kann man an hohen Belastungstagen vom Salz- auf den CMA-Streumodus umstellen. Besonders stolz sind die Projektverantwortlichen auf die weltweit einzigartige Dosierung von 10 g/m².

www.springer.eu
www.life-cma.at

FÜR DEN GROSSEN EINSATZ

Winterdienstfahrzeuge sind mehr als aufgerüstete LKW. Es gibt Modelle, die extra für diesen Zweck gebaut werden. Für die richtig großen Einsätze sind alle Fahrzeuge aus der Baureihe „MAN TGS“ mit Dreiseiten-Kipper und Winterdienst-Ausrüstung inkl. der Vorbereitung für Front- und Seitenpflug ausgestattet. Auch spezielle Achsauslegungen und Drehleisten am Dach müssen nicht mehr nachgerüstet werden. Das Fahrzeug kommt schon so aus dem MAN-Werk, wie Straßendienste und Kommunen es brauchen. Wichtig ist die Multifunktionalität. Aufbauten machen z. B. einen Schneepflug mit Streufunktion im Sommer durch einen Kipperaufsatz zu einem Baufahrzeug. Die Umrüstung bzw. der Tausch der Wechselaufbauten kann man selbst durchführen.

www.man.at

RÄUMEN, FRÄSEN, KEHREN UND MÄHEN

Der einfache Schneepflug hat ausgedient! Heute hat man ein „Multicar“ vor dem Gemeindeamt stehen. Stangl Kommunaltechnik setzt mit seinen Geräteträger-Fahrzeugen auf unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten auch für kleine Räume. Groß geschrieben wird der Wechselnutzen, dem man mit vielseitigen Umbaumöglichkeiten Rechnung trägt. Der Multicar Tremo — in zwei Leistungsklassen erhältlich — ist nach Anbau eines Aufsatzes geeignet für Schneeräumung, Schneefräsen, Streudienst und Enteisung. Ist der Schnee wieder geschmolzen, wird in Gemeinden und kleineren Städten mit neuen Aufsätzen der Winter weggekehrt und das frische Gras gemäht.

www.kommunalmaschinen.at

Große Aufgaben, kleines Budget

Inmitten der Wirtschaftskrise stellt die Erneuerung des Fuhrparks viele Länder und Gemeinden vor enorme Probleme. Doch sie können gelöst werden.

Die Verpflichtungen von Ländern und Gemeinden in den Bereichen Winterdienst und Forst- und Landwirtschaft sind umfangreich: Schnee muss geräumt, Straßen gestreut, Schneestangen gesetzt, Straßenbankette gemäht und Bäume geschnitten werden. Dafür ist schweres Gerät vonnöten, das auch den öffentlichen Haushalten schwer auf den Taschen liegt. Mit Ausgaben von 150.000 bis 200.000 Euro muss man rechnen, wenn es gilt, einen neuen LKW, einen Schneepflug oder einen Unimog anzuschaffen. Angesichts kollabierender Budgets für viele Kommunen ein unlösbares Problem. Neben der finanziellen Belastung kommt auch die Herausforderung Vergaberecht dazu. Ab einem Auftragswert von 100.000 Euro schlägt das Vergaberecht in seiner vollen formalistischen Wucht zu. Selbst das Land Niederösterreich ziehe für die Ausschreibung seiner LKW externe Juristen hinzu, berichtet Peter Dorn von der Niederösterreichischen Landesregierung.

Umfangreiches Portfolio

„Zahlreiche Länder und Gemeindeverbände haben sich an uns gewandt, ob wir nicht Winter- und Straßendienstfahrzeuge in unser Programm aufnehmen können“, berichtet Jürgen Jonke. Er ist in der Bundesbeschaffung für den Einkauf von Kraftfahrzeugen verantwortlich. In den vergangenen zwei Jahren hat man deshalb ein umfangreiches Portfolio an LKW, Traktoren und Geräteträgern aufgebaut.

Seit einer Novelle des BBG-Gesetzes 2006 können neben dem Bund auch alle anderen öffentlichen Auftraggeber – Länder, Gemeinden und auch ihre ausgegliederten Einrichtungen – auf die Services des Einkaufsdienstleisters zurückgreifen. Ein Angebot, das intensiv angenommen wird – fast die Hälfte des Einkaufsvolumens der BBG entfällt schon auf diese Kundengruppen. „Wir werden heuer wahrscheinlich wieder neun Unimogs über die BBG beziehen“, berichtet Peter Dorn.

„Wenn eine einzelne Gemeinde einen LKW benötigt, dann bekommt sie kaum Rabatte. Aber wenn die BBG den Bedarf über ganz Österreich hinweg bündelt, dann sind substanzielle Einsparungen möglich“, so Jonke. Ein weiterer Vorteil: Während die Durchführung eines Vergabeverfahrens bis zu einem halben Jahr in Anspruch nehmen kann, kann aus den Verträgen der Bundesbeschaffung sofort bestellt werden.

Photos.com

INFO

E mobilität@bbg.gv.at
www.bbg.gv.at

KOMMENTAR WOLFGANG POINTNER

Das neue Bundesvergabegesetz

TEIL 2: RECHTSSCHUTZ NEU – NICHTIGKEIT DROHT

Christian Redtenbacher

Die Feststellungskompetenzen des Bundesvergabeamtes (BVA) werden mit der Novelle des Bundesvergabegesetzes neu geregelt. Das BVA kann zukünftig auch feststellen, dass ein Vergabeverfahren rechtswidrigerweise ohne Bekanntmachung durchgeführt wurde, der Zuschlag rechtswidrigerweise ohne Mitteilung der Zuschlagsentscheidung erteilt wurde oder der Zuschlag bei der Vergabe einer Leistung aufgrund einer Rahmenvereinbarung rechtswidrig war.

Wird eine solche Feststellung getroffen, hat das BVA den bereits geschlossenen Vertrag für absolut nichtig zu erklären. Von der Nichtigerklärung kann unter bestimmten Voraussetzungen und bei Verhängung einer wirkungsvollen Geldbuße abgesehen werden. Im Oberschwellenbereich ist die Geldbuße mit maximal 20 Prozent des Auftragswertes, im Unterschwellenbereich mit maximal 10 Prozent des Auftragswertes begrenzt.

Für die Anfechtung gesondert anfechtbarer Entscheidungen des Auftraggebers im Rahmen eines Nachprüfungsantrages gelten folgende neue Fristen: 10 Tage bei elektronischer Übermittlung oder Übermittlung per Telefax oder öffentlicher Bekanntmachung, 15 Tage bei brieflicher Mitteilung, generell 7 Tage bei Vergabeverfahren im Unterschwellenbereich sowie bei Direktvergaben. Die Frist beginnt ab Absendung bzw. Verfügbarkeit der Bekanntmachung – bei Direktvergaben ab Kenntnis oder Möglichkeit der Kenntnisnahme – zu laufen. Ausschreibungsunterlagen/Teilnahmeunterlagen können bis 7 Tage vor Ablauf der jeweiligen Einreichfrist bekämpft werden, wenn die Einreichfrist mehr als 17 Tage beträgt.

Wolfgang Pointner ist Leiter des Rechtsbereiches bei der Bundesbeschaffung GmbH.

vergabekompetenzcenter@bbg.gv.at

Text
Ursula Horvath

Sicherheitsdirektion Vorarlberg

BMI/TUMA

JURISTIN BEKÄMPFT TERRORISMUS

Uta Bachmann wechselt die Abteilung und leitet nun das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) in der Sicherheitsdirektion Vorarlberg. Aufgaben des LVT sind die Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, von Spionage und Waffenhandel. Auch der Schutz gefährdeter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und wichtiger Infrastruktur-Einrichtungen gehört dazu.

Die Juristin hat nach ihrem Studium in Wien und Innsbruck die Polizeiausbildung in Feldkirch absolviert und war einige Jahre Exekutiv- und später Kriminalbeamtin in Bregenz. 2004 wechselte Bachmann in die Sicherheitsdirektion Vorarlberg. Hier war sie zunächst für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten zuständig, bevor sie 2006 die Leitung der Sicherheits- und Kriminalpolizeilichen Abteilung übernahm.

Außenministerium

BMEIA

BOTSCHAFTER WIRD SEKTIONSLEITER

Martin Eichtinger ist neuer Leiter der Auslandskultursektion im Außenministerium (BMEIA). Er war zuletzt Botschafter in Bukarest und Moldau und folgt Emil Brix, der als Botschafter nach London wechselt. Vor seinem Posten in Bukarest war der Grazer Generalsekretär im Wirtschaftsministerium, Kabinettchef des ehemaligen Wirtschaftsministers Martin Bartenstein und Sekretär von Alois Mock. Eichtinger ist viel herumgekommen: Nach seinem Studium war der Jurist unter anderem Attaché an der Österreichischen Botschaft in Mexiko, Sekretär der Botschaft in Liechtenstein und Leiter des österreichischen Presse- und Informationsdienstes in Washington.

Klima- und Energiefonds

Klimafonds

BAUINGENIEURIN KOMPLETTIERT GESCHÄFTSFÜHRUNG

Theresia Vogel führt gemeinsam mit Ingmar Höbarth die Geschäfte des Klima- und Energiefonds.

Zuletzt leitete Vogel den Bereich der Strukturprogramme in der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG). Das bekannteste Programm aus diesem Portfolio ist Comet zur Förderung wissenschaftlicher Spitzenleistungen.

Vogel ist studierte Bauingenieurin. Vor ihrer Tätigkeit in der FFG war sie zunächst an der TU Wien und später an der FH Wiener Neustadt in Forschung und Lehre aktiv. Am Campus Wieselburg, einem der Standorte der FH Wiener Neustadt, hat sie u. a. den Themenbereich „Nachhaltigkeit und Umweltmanagement“ aufgebaut.

Sozialministerium

beigestellt

ABTEILUNGSLEITER WIRD MIT STELLVERTRETUNG BETRAUT

Josef Kerschhagl ist nun stellvertretender Leiter des Zentral-Arbeitsinspektorates in der Sektion VII („Arbeitsrecht und Zentral-Arbeitsinspektorat“) im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK). Außerdem führt Kerschhagl die Abteilung VII/2 „Technischer Arbeitnehmerschutz“.

Nach einer Lehre als KFZ-Elektriker und einer HTL-Ausbildung absolvierte er das Studium der Technischen Physik und die Ausbildung zum Ingenieurkonsulenten (Ziviltechniker). Kerschhagl ist für die Koordination der Arbeitsschutzstrategie 2007 bis 2012 zuständig und zudem Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Wien.

Burgenland Tourismus

Burgenland Tourismus

VORARLBERGER ÜBERSIEDELT AN DEN NEUSIEDLER SEE

Mario Baier ist der neuer Direktor des Burgenland Tourismus. In den vergangenen Jahren war der gebürtige Vorarlberger sehr viel unterwegs, zuletzt als General Manager des Piemont Tourismus in Turin. Zuvor leitete Baier die Außenstelle der Österreich Werbung in Mailand und Rom, er war Bereichsleiter für internationales Marketing beim Salzburger Land Tourismus und arbeitete als PR- und Marketingmanager in Köln. Der 44-Jährige will die Marke „Burgenland Tourismus“ in den nächsten Jahren international noch stärker bekannt machen und das Land als Ganzjahres-Urlaubsdestination kommunizieren.

Karriereinfos senden Sie bitte an
karrieren@republik-online.at.

Wissenschaftsfonds

FWF/Marc Seumenicht

PROFESSORIN ALS VIZEPRÄSIDENTIN GEWÄHLT

Christine Mannhalter ist neue Vizepräsidentin des Wissenschaftsfonds (FWF) und für Biologie und Medizin zuständig. Der FWF ist die zentrale Einrichtung zur Förderung der Grundlagenforschung in Österreich.

Mannhalter ist seit dem Jahr 2000 Professorin für Molekulare Diagnostik an der Medizinischen Universität Wien. Nach ihrem Studium verbrachte sie zwei Jahre an der University of Southern California Medical School. Zurück in Österreich habilitierte sich Mannhalter im Fach Klinische Chemie und begann mit dem Aufbau der molekularbiologischen Diagnostik an der Medizinischen Fakultät und am AKH. Im Wissenschaftsfonds ist sie seit vielen Jahren in verschiedenen Funktionen tätig.

Finanzministerium

BMF

UNIVERSITÄTSPROFESSOR LEITET STEUERRECHTGRUPPE

Gunter Mayr wurde zum neuen Leiter der Gruppe VI/B „Materielles Steuerrecht“ (Sektion VI) im Finanzministerium (BMF) bestellt. Der 38-Jährige leitet seit 2006 die Fachabteilung für Einkommen- und Körperschaftsteuer. Im Mai 2009 wurde er zum Professor am Juridicum der Universität Wien ernannt. Er hat am Institut für Finanzrecht eine halbe Lehrverpflichtung, seinen Arbeitsschwerpunkt hat Mayr im BMF.

Der gebürtige Innsbrucker hat seine beiden Studien (Rechtswissenschaften und BWL) mit Auszeichnung abgeschlossen. Nach sechs Jahren als Assistent an der Abteilung Finanzrecht der Universität Innsbruck wechselte er im Jahr 2003 in die BMF-Abteilung „Steuerpolitik und Steuerlegistik“.

Magistrat Wien

PID/Schaub-Walzer

STEIRER ÜBERNIMMT SPITZENJOB IN WIEN

Der derzeitige Kontrollamtsdirektor Erich Hechtner wurde mit Wirksamkeit 1. Juli 2010 zum Magistrats- und Landesamtsdirektor von Wien bestellt. Sein Vorgänger Ernst Theimer wird nach 15 Jahren in der höchsten administrativen Funktion der Stadt Wien Ende Juni in Pension gehen.

Hechtner studierte Rechtswissenschaften in Graz und kam nach seinem Rechtspraktikum am dortigen Oberlandesgericht zur Stadt Wien. Nach Stationen in mehreren Magistratischen Bezirksämtern war der 52-jährige Steirer ab 1986 in der für das Gewerbewesen zuständigen Magistratsabteilung 63 tätig, mit deren Leitung er 1994 betraut wurde. Ab 2001 war er Budgetkoordinator und ab 2002 Bereichsleiter.

Außenministerium

beigestellt

GESANDTER UNTERSTÜTZT GENERALSEKRETÄR

Der Gesandte Enno Drofenik leitet nun das Büro des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten. Das Büro unterstützt den Generalsekretär bei der Koordinierung der Sektionen des Außenministeriums (BMEIA) und seiner außenpolitischen Kontakte.

Nach seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien begann Drofenik 1997 seine Karriere im BMEIA. Er war an der Österreichischen Botschaft in Tokio, bei den österreichischen UN-Vertretungen in Wien und in New York sowie bei der (in Wien ansässigen) Österreichischen Botschaft für Liechtenstein tätig.

Asfinag

Asfinag

36-JÄHRIGER LEITET NEUBAUABTEILUNG

Arno Piko hat die Funktion des Abteilungsleiters „Neubau und Großprojekte“ in der Asfinag Bau Management GmbH übernommen. Die Gesellschaft plant und errichtet neue Strecken, wickelt den Bau von Tunnelröhren ab und kümmert sich um Sanierungen im Bestandsnetz. Aktuelle Beispiele sind der Bau der S 10 Mühlviertler Schnellstraße und die Schließung des Regionenrings um Wien.

Der 36-Jährige ist im Unternehmen schon länger verhaftet: Piko war zwischen 1998 und 2007 in der ÖSAG (Österreichische Autobahnen- und Schnellstraßen-AG) und späteren Asfinag Bau Management als Projektleiter tätig. Ab 2007 gab Piko ein 3-jähriges Gastspiel bei der Alpine Bau. Dort war er als technischer Geschäftsführer für die PPP Ostregion verantwortlich.

Interview
Stefan Grampelhuber

„Ich schaue nicht wankelmütig zurück“

REPUBLIK bittet Topmanager der Öffentlichen Hand zum etwas anderen Wordrap: Johanna Rachinger, die Direktorin der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB), schwärmt von den Kochkünsten ihrer Mutter und bangt um die Finanzierung eines weiteren Tiefspeichers.

ÖNB

Haben Sie einen Lieblingsplatz in der Österreichischen Nationalbibliothek?

Der Hauptlesesaal ist einer meiner Lieblingsorte, wobei ich mich auch an anderen Plätzen gerne aufhalte. Ende April wurde ein neuer Lesesaal am Heldenplatz eröffnet. Diesen Raum empfinde ich als besonders angenehmen Ort. Überhaupt habe ich eine große Schwäche für Lesesäle – auch im historischen Augustinerlesesaal bin ich gerne.

Wie würden Sie sich selbst in einem Satz beschreiben?

Ich bin ein disziplinierter, klar strukturierter und zielorientierter Mensch, mit einem hohen Grad an Durchsetzungsvermögen.

Gibt es ein prägendes Erlebnis in Ihrer Kindheit, an das Sie sich noch heute erinnern?

Ich erinnere mich gerne an die Zeit im Gasthaus meiner Eltern zurück, in dem ständig geselliges Treiben herrschte. Ich habe das als Kind sehr genossen, habe mich viel mit den Gästen unterhalten, ihnen Gesellschaft geleistet. Dieses Umfeld prägt mich natürlich in gewisser Weise bis heute – ich liebe es, Gäste zu haben, fühle mich bei einem Essen mit guten Freunden wohl und unterhalte mich auch sonst sehr gerne mit Menschen.

Welche Entscheidung hätten Sie gerne anders gefällt?

Ich treffe Entscheidungen nach reiflicher Überlegung, sind diese dann einmal gefällt, stehe ich dazu und schaue nicht wankelmütig zurück. Ich vertraue meiner Entscheidungskraft.

Gibt es etwas, wovon Sie nie genug bekommen können?

Ich würde mich prinzipiell als maßvollen Menschen bezeichnen, kann aber bei meinem, von meiner Mutter zubereiteten Lieblingsgericht, Erdäpfelnudeln mit Sauerkraut, manchmal nicht genug bekommen.

Über welche Tatsache sind Sie am unglücklichsten?

In Kürze werden die Kapazitäten des Bücherspeichers unter dem Burggarten ausgeschöpft sein. Die Finanzierung des von mir geforderten weiteren Tiefspeichers unter dem Heldenplatz ist nicht gesichert. Da die ÖNB jedoch von Gesetzes wegen zum Sammeln und Archivieren der Neuerscheinungen verpflichtet ist, gilt mein Engagement weiterhin diesem wichtigen Projekt. Ich habe dem zuständigen Ministerium bereits ein alternatives Finanzierungsmodell – ein so genanntes PPP-Modell (Anmerkung: PPP = Private Public Partnership) vorgeschlagen. Die Umsetzung dieses Modells ist machbar.

Welches Buch liegt derzeit auf Ihrem Nachtkästchen?

Momentan lese ich Arno Geigers neuen Roman „Alles über Sally“. Ein faszinierendes Buch, das die Geschichte der Ehe einer über 50-jährigen Frau auf einfühlsame Art und Weise beschreibt.

STECKBRIEF

Johanna M. Rachinger

Geboren: 9. Jänner 1960 in Putzleinsdorf (OÖ)

Ausbildung: Studium der Theaterwissenschaft und Germanistik an der Universität Wien (Dissertation: „Das Wiener Volkstheater in der zweiten Hälfte des 19. Jhdt. unter besonderer Berücksichtigung des Dramatikers Ludwig Anzengruber“, Wien 1986)

1987–1988: Lektorin beim Wiener Frauenverlag (heute Milena-Verlag)

1988–1992: Leiterin der Buchberatungsstelle des Österreichischen Bibliothekswerks in Salzburg

1992–1995: Programm-Managerin „Kinder- und Jugendbuch“ im Verlag Carl Ueberreuter

(ab 1994 Prokuristin)

1995–2001: Geschäftsführerin des Verlags Ueberreuter

Seit Juni 2001: Generaldirektorin der ÖNB

2004–2009: stellvertr. Vorsitzende des Österreichischen Wissenschaftsrates

Seit April 2004: Aufsichtsrätin der „Die Erste österreichische Spar-Casse Privatstiftung“

Johanna Rachinger ist verheiratet und hat keine Kinder. Sie erhielt 2003 den Wiener Frauenpreis.